973.03
P534
V.21

Mitteilungen

des

Deutschen Pionier-Vereins

von

Philadelphia.

Anschluss der Deutschen Philadelphias an die republikanische Partei im Jahre 1856.

Auch ein Fluch.

Beteiligung der deutschen Republikaner Philadelphias ~~an die republikanische Partei~~ im Jahre 1860.

973.03
P534
V.21

Einundzwanzigstes Heft, 1911.

UNIVERSITY
of
PENNSYLVANIA
LIBRARIES

973.03
P534
v.21

University of Pennsylvania Library
Circulation Department

Please return this book as soon as you have finished with it. In order to avoid a fine it must be returned by the latest date stamped below.

WW

M

UNIVERSITY
OF
PENNSYLVANIA
LIBRARIES

973.03
P524
v.21

Mitteilungen
des
Deutschen Pionier-Vereins von Philadelphia.

Einundzwanzigstes Heft, 1911.

Anschluss der Deutschen Philadelphias an die republikanische Partei im Jahre 1856.

Von C. F. Huch.

Nach Passierung der Kansas-Nebraska-Bill im Jahre 1854, durch welche das Missouri-Kompromiss aufgehoben wurde, bildete sich im Norden eine neue Partei mit dem Grundsatze: Keine Ausdehnung der Sklaverei in bisher freie Territorien. Eine Anzahl Demokraten, die bereits 1848 für Martin Van Buren und Chas. F. Adams auf der Free Soil-Platform gestimmt und so dem regulären demokratischen Demokraten, Lewis Cass, eine Niederlage bereitet hatten, verband sich zur Förderung jenes Grundsatzes mit den Whigs der New-England-Staaten und New Yorks unter dem Namen Republikaner. So kam es, dass im Jahre 1856 drei politische Parteien im Felde waren, die demokratische, die republikanische und die Partei der Nativisten oder Amerikaner.

Die National-Konvention dieser letzteren begann ihre Sitzungen am 22. Februar 1856 in Philadelphia, und nominierte für das Präsidentenamt Millard Fillmore und für das Vizepräsidentenamt Andrew Jackson Donelson von Tennessee. Ihre Platform erklärte sich zu Gunsten der Union und Konstitution. Sie verlangte, dass Amerika durch Amerikaner regiert werden müsse, dass nur Bürger stimmberechtigt und nur hiergeborene zu Aemtern wählbar seien, und befürwortete eine Aenderung der Naturalisationsgesetze, die zur Erlangung des Bürgerrechts einen einundzwanzigjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten fordere. Die Platform verdammte die Wiedereröffnung der Sklavenfrage durch den Widerruf des Missouri-Kompromisses, adoptierte aber zu gleicher Zeit die Squattersouveränität, die dem Volke erlaubte, ohne Einmischung des Kongresses, in den Territorien die Sklaverei einzuführen. Nach Annahme dieses Teils der Platform verlieszen die meisten nördlichen Knownothings die Konvention und erklärten, dass sie sich durch denselben nicht gebunden hielten.

Am 2. Juni 1856 versammelte sich in Cincinnati die demokratische National-Konvention und ernannte ein Komitee zur Entwerfung einer Platform für die Präsidentenwahl. Die Baltimore

280318

Platform von 1852 indossierte nur die schon längst aufgestellte Monroedoktrin mit nachdrücklichen Worten und gab damit zu erkennen, dass die demokratische Partei die Vereinigten Staaten für die leitende Macht Amerikas gehalten wissen wollte, und endlich willens sei, diese ihre Ansprüche mit der Entschiedenheit eines groszen Reiches und eines mächtigen Volkes durchzusetzen.

Der erste Teil des Komiteeberichtes enthielt eine Bestätigung der Baltimore Platform. Dann hiesz es weiter:

Und da seit der vorigen Platform sich ein politischer und religiöser Orden im Geheimen gebildet (die sogenannten Knownothings, die den eingewanderten Bürgern und besonders den Katholiken feindselig gesinnt waren), durch eine Partei, welche sich ausschlieszlich den Namen Amerikaner beilegt, und es sich gebührt, dass die amerikanische Demokratie bezüglich darauf ihre Verhältnisse klar definiert, deshalb

Beschlossen, dass, da die Grundlage der Union auf die Wohlfahrtsausdehnung und das vorwiegende Beispiel einer freien Regierung gelegt ist, auf gänzliche religiöse Freiheit, ohne Rücksicht auf Rang und Geburtsplatz der Einzelnen, keine Partei als national, konstitutionell, oder in Uebereinstimmung mit amerikanischen Grundsätzen gelten kann, deren Organisation auf religiöse Ansichten und zufällige Geburt gegründet ist.

Dass wir mit verdoppelter Entschiedenheit die wohlüberlegten Erklärungen früherer Konventionen wiederholen bezüglich der sektionellen Bedeutung der Sklaverei und der reservierten Staatsrechte, und dass wir noch direkter gegen die Richtung auftreten, auf welche eine sektionelle Partei, die hauptsächlich von der Sklavereiagitation existiert, jetzt die Probe an der Treue des Volks im Süden und Norden gegen die Konstitution und Union zu machen sich getraut.

Beschlossen, dass die amerikanische Demokratie die Genossenschaft und Mitwirkung aller Freunde der Aufrechterhaltung der Union beansprucht und wünscht — als konstitutionelle Hauptsache — und alle sektionellen Parteien und Platformen über Sklaverei verwirft, welche die Staaten verfeinden und Verrat und bewaffneten Gesetzeswiderstand in den Territorien erzeugen, und deren eingestandene Zwecke, wenn sie erreicht würden, in Bürgerkrieg und Disunion enden würden — und dass die amerikanische Demokratie die Prinzipe der organischen Territorialgesetze von Kansas und Nebraska anerkennt und adoptiert, welche die einzige gesunde und sichere Lösung der Sklavereifage enthalten, wobei sich das Volk der Union mit seinem groszen Staatszweck, die Erhaltung der Union, vollkommen beruhigen kann, nämlich Nichteinmischung des Kongresses in der Sklavenfrage in Staaten und Territorien — dass ferner dies die Basis des Kompromisses von 1850 war, bestätigt durch die Demokratie und Whigpartei in ihren betreffenden Nationalkonventionen, ratifiziert durch das Volk in der Wahl von 1852 — und rechtmäszig angewendet auf die Territorien in 1854; — dass endlich durch die gleichmäszige Anwendung dieses demokratischen Prinzips auf die Territorialorganisation und die Zulassung neuer Staaten mit oder ohne Sklaverei, nach ihrer Wahl, die Gleichberech-

tigung der Staaten unberührt, und die ursprünglichen Verträge der Konstitution unverletzt bleiben werden, und die Verewigung und Ausdehnung der Union weitmöglichst ausgedehnt ist, um in Frieden und Harmonie jeden amerikanischen Staat zukünftig umfassen zu können, der unter republikanischer Regierungsform errichtet und annexiert werden mag.

Beschlossen, dass wir das Recht des Volks aller Territorien anerkennen, Kansas und Nebraska eingeschlossen, sobald es durch den in richtiger Weise ausgesprochenen Willen der Mehrheit ihrer wirklichen Ansiedler sich geltend macht, eine Konstitution abzufassen, sobald die Anzahl ihrer Einwohner das rechtfertigt, mit oder ohne Sklaverei, und unter denselben Bedingungen der Gleichberechtigung mit anderen Staaten zugelassen zu werden.

Beschlossen, dass die demokratische Partei die grosze Wichtigkeit anerkennt, in politischer und kommerzieller Hinsicht, welche eine sichere und schnelle Verbindung innerhalb unsres eigenen Gebiets zwischen den Unionsküsten des atlantischen und stillen Meeres hat — und dass es die Pflicht der Bundesregierung gebietet, schleunigst all die ihr zustehende konstitutionelle Gewalt aufzubieten, diesen Zweck zu erreichen.

Beschlossen, dass die Rechte jedes einzelnen Staates, und dadurch die Union der Staaten, in jeder Weise aufrecht zu erhalten sind.

Beschlossen, dass die Fragen über äuszere Politik des Landes der inneren Politik nachstehen müssen, und dass die Vereinigten Staaten sich für freie Schifffahrt und freien Handel erklären.

Beschlossen, dass unsre geographische und politische Lage zu den andern Staaten des Kontinents, und ebenso unsre Handelsinteressen und die Entwicklung unsrer steigenden Macht ein strenges Festhalten an der Monroedoktrin gebieten.

Beschlossen, dass die grosze Strasze, welche den atlantischen Ozean und den Pacific verbindet, stets unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten bleiben muss, und dass diese nicht dulden können, dass irgend eine fremde Macht in jenen Regionen ein Uebergewicht erlangt.

Beschlossen, dass die Vereinigten Staaten ihre Sympathie mit dem Volke von Zentral-Amerika ausdrücken, welches jetzt im Begriff ist, sich zu regenerieren.

Beschlossen, dass die demokratische Partei von der nächsten Administration erwartet, dass sie jede Anstrengung machen wird, um den Vereinigten Staaten die Oberherrschaft im Golf von Mexico zu sichern.

Diese Platform wurde mit Ausnahme der fünf letzten Beschlüsse einstimmig angenommen, diese fünf aber nur durch einfache Mehrheiten. Die dann folgende Abstimmung für Kandidaten ergab am fünften Tage für Präsident James Buchanan und für Vizepräsident John C. Breckenridge.

Die republikanische Partei, die es sich zur besondern Aufgabe gemacht hatte, der Weiterverbreitung der Sklaverei Einhalt zu tun, hielt vom 17. bis zum 19. Juni 1856 ihre erste National-Konvention

in Philadelphia in der Musical Fund Hall. Sie zählte über 500 Delegaten, unter denen sich einige Deutsche befanden. Die von ihr angenommene Platform lautete:

Diese Konvention von Delegaten, zusammengetreten infolge eines Aufrufs an das Volk der Vereinigten Staaten, ohne Rücksicht auf frühere politische Verschiedenheiten und Spaltungen, sofern es dem Widerruf des Missouri-Kompromisses, der Politik der jetzigen Administration, der Ausdehnung der Sklaverei über die Territorien feindlich, und der Zulassung von Kansas als Freistaat, der Rückführung der Bundesregierung auf die Grundsätze Washingtons und Jeffersons und der Aufstellung von Kandidaten für die Präsidentur und Vizepräsidentur günstig ist, beschlieszt:

1. Die Aufrechterhaltung der in der Unabhängigkeitserklärung und Bundeskonstitution niedergelegten Grundsätze ist unerlässlich zur Bewahrung unsrer republikanischen Institutionen, und die Bundesverfassung, die Rechte der Einzelstaaten und die Union derselben soll und wird bewahrt werden.

2. In Uebereinstimmung mit unsern republikanischen Vätern halten wir es für eine selbstverstandene Wahrheit, „dass alle Menschen mit dem unveräuszerlichen Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glückseligkeit begabt sind", und dass die erste Pflicht und fernere Absicht unsrer Bundesregierung darin bestehen, diese Rechte aller unter ihrer ausschlieszlichen Gerichtsbarkeit befindlichen Personen zu sichern.

Wie daher unsre republikanischen Väter, als sie die Sklaverei in unserm gesamten Nationalgebiete abgeschafft hatten, verordneten, dass niemand ohne gesetzliches Verfahren des Lebens, der Freiheit oder des Vermögens beraubt werden solle, so ist es nun unsre Pflicht, diese Bestimmung der Konstitution gegen alle Versuche zu ihrer Verletzung zum Zwecke, die Sklaverei in den Vereinigten Staaten herzustellen, durch positiv gesetzliches Verbot ihres Bestehens oder ihrer Einführung daselbst zu bewahren.

Wir bestreiten deshalb dem Kongress, der Territorialgesetzgebung oder irgend welchem Individuum oder Gesellschaft von Individuen die Autorität, Sklaverei auf legalem Wege in ein Territorium der Vereinigten Staaten einzuführen, so lange die gegenwärtige Konstitution noch besteht.

3. Die Konstitution überträgt dem Kongress souveräne Gewalt über die Territorien der Vereinigten Staaten zu deren Verwaltung, und in Anwendung dieser Macht ist es das Recht und die Pflicht des Kongresses, in diesen Territorien die Zwillingsreste der Barbarei, nämlich Polygamie und Sklaverei zu verbieten.

4. Während die Konstitution der Vereinigten Staaten vom Volke angeordnet wurde, „um eine vollkommenere Union zu bilden, Gerechtigkeit herzustellen, die innere Sicherheit zu gewährleisten, für gemeinsame Verteidigung zu sorgen, das allgemeine Wohl zu befördern und die Segnungen der Freiheit zu sichern", und während sie ausführliche Bestimmungen enthält zum Schutze von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger, sind die teuersten konstitutionellen Rechte des Volkes von Kansas durch Trug und Gewalt ihm entrissen worden.

Sein Territorium wurde von einem Gewalthaufen besetzt.

Gefälschte und vorgebliche Legislativ-, Gerichts- und Verwaltungsbeamte sind über das Volk gesetzt worden, durch deren usurpierte Gewalt, unterstützt durch die Militärmacht der Regierung, tyrannische und unkonstitutionelle Gesetze durchgegangen und eingeführt worden sind.

Das Recht des Volkes Waffen zu halten und zu tragen, ist verletzt, Glaubenseide von auszergewöhnlicher und verstrickender Natur sind ihm auferlegt worden, wenn es das Recht des Wählens und Führens eines Amtes in Anspruch nahm.

Das Recht jedes Angeklagten auf baldiges und öffentliches Verhör vor einer unparteiischen Jury wurde ihm verweigert.

Das Recht auf Sicherheit seiner Person, seines Hauses, seiner Papiere und Effekten gegen unbegründete Nachsuchungen und Beschlagnahmen wurde in diesem Volke verletzt.

Es wurde ohne gehörigen gesetzlichen Rechtsgang des Lebens, der Freiheit und des Besitztums beraubt.

Die Freiheit der Rede und Presse wurde diesem Volk geschmälert, das Recht seine Repräsentanten zu wählen wirkungslos gemacht, Mord, Raub und Brandstiftung wurden ermutigt und dazu aufgehetzt, und die Verbrecher gingen straflos davon.

Alles das geschah mit Kenntnis, Sanktion und Vorschub seitens der jetzigen Administration, und für diesen Hochverrat an Konstitution, Union und Humanität ziehen wir diese Administration, den Präsidenten, seine Ratgeber, Agenten, Helfershelfer, Verteidiger und sonstiges Anhängsel, gleichviel ob vor oder nach der Tat, vor den Richterstuhl des Landes und der Welt. Und es ist unser fester Entschluss, die wirklichen Täter jener abscheulichen Frevel und ihre Mitschuldigen zu gewisser und verdienter Strafe zu ziehen.

5. Kansas soll ungesäumt mit seiner jetzigen freien Konstitution als Staat der Union aufgenommen werden, da dies der praktischste Weg ist, seinen Bürgern den Genuss der ihnen gebührenden Rechte und Privilegien zu gewähren und den jetzt in diesem Territorium wütenden Bürgerkrieg zu beenden.

6. Die im Ostender Zirkular enthaltene Straszenräuber-Doktrin, dass Macht Recht gibt, war in jeder Beziehung der amerikanischen Diplomatie unwürdig, und müsste Schmach und Schande über jede Regierung und jedes Volk bringen, das sie sanktionieren wollte.

7. Eine Eisenbahn nach dem Pacific auf der besten Mittelroute ist gebieterisch gefordert von den Interessen des ganzen Landes, und die Bundesregierung ist zu augenblicklicher und wirksamer Hülfe für diesen Bau verpflichtet, sowie, als Supplement dazu, zur sofortigen Anlage einer Emigrantenstrasze neben dieser Eisenbahn.

8. Der Kongress hat die konstitutionelle Vollmacht, Gelder für Verbesserungen der Flüsse und Häfen, die einen nationalen Charakter tragen und für die Bequemlichkeit und Sicherheit eines existierenden Handels nötig sind, anzuweisen, und ist dabei völlig gerechtfertigt durch die Verpflichtung der Regierung, das Leben und Eigentum aller Bürger zu schützen.

9. Wir laden zum Anschluss und zur Unterstützung der hier

ausgesprochenen Grundsätze die Männer aller Parteien ein, wie weit sie auch in andern Beziehungen sich von uns trennen mögen, und opponieren, in der Ueberzeugung, dass der Geist unsrer Institutionen sowohl, wie die Konstitution unsres Landes, Freiheit des Gewissens und Gleichheit der Rechte aller Bürger garantiert, allen legislativen Versuchen, diese ihre Sicherheit zu vermindern.

Dieser Schlusssatz der Platform bedeutete eine Verwahrung gegen die Anschuldigung des Nativismus und eine Anerkennung der Gleichberechtigung der Adoptivbürger. In ähnlicher Weise sprach sich auch die demokratische Platform aus, nur noch entschiedener und mit Bezeichnung der Feinde der eingewanderten Bürger, doch fehlte beiden eine Erklärung gegen Beschränkung der Einwanderung und Verlängerung der für die Einbürgerung bestimmten Frist.

Nach Annahme der Platform nominierte die Konvention John C. Fremont einstimmig für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten und William L. Dayton mit 259 Stimmen für das des Vizepräsidenten. Lincoln erhielt mit 110 die nächst meisten Stimmen.

Nach Schluss der Nominationen wurden auf die Erklärung, dass die Freie Presse sie unterstützen würde, derselben Hochs ausgebracht. Georg Schneider, der Herausgeber der Illinois Staatszeitung, betrat dann auf Einladung die Rednerbühne und versicherte unter groszem Beifall die Konvention der Anhänglichkeit der deutschen Bevölkerung an die Union und dass dieselbe im Westen für Fremont stimmen werde. Franz Grimm, der Redakteur der Belleviller Zeitung, sprach ebenfalls unter lebhafter Zustimmung für freien Boden, freie Rede, freie Presse und freie Arbeit, schloss aber mit der bestimmten Erklärung, dass die Deutschen nur so lange mit den Republikanern gehen würden, als sie von diesen als freie Männer anerkannt würden. Für New York sprach ein wackrer Deutscher, Philipp Dorschheimer aus Buffalo, der, obgleich seit vierzig Jahren im Lande, doch noch kein Grauer geworden war. Er rühmte den stets der Freiheit günstigen deutschen Charakter und erregte durch seine humoristischen Bemerkungen die heiterste Stimmung. — Man nannte damals die sogenannten Achtundvierziger gewöhnlich die Grünen und die früher Eingewanderten die Grauen.

Vor Schilderung der Beteiligung der Deutschen an der nun folgenden Agitation zur Förderung der Wahl Fremonts, möge hier einiges über die früheren Kämpfe deutscher Männer gegen die Sklaverei erwähnt werden.

Obgleich unfreiwillige Dienstbarkeit auf dem Boden Pennsylvaniens schon vor Ankunft der englischen Quäker Eingang gefunden hatte, so erhoben diese doch keinen Einwand dagegen. Es waren vielmehr die Deutschen in Germantown, die zuallererst in den englischen Kolonien in förmlicher Weise und als Körperschaft Einsprache erhoben, indem sie in einer Versammlung am 16. April 1688 die Verwerflichkeit des Menschenhandels und der Sklaverei zur Sprache brachten, und in einem an die bei Richard Worrell stattfindende Monatsversammlung gerichteten Schreiben dagegen protestierten.

In deutscher Uebersetzung lautete das Schreiben, wie folgt:

„An die bei Richard Worrell stattfindende Monatsversammlung:

„Aus folgenden Gründen sind wir gegen den Menschenhandel. Gibt es irgend jemand, der es zufrieden wäre, wenn ihm so geschähe, oder wenn man ihn so behandelte, nämlich ihn verkaufte, und für seine ganze Lebenszeit zum Sklaven machte? Wie erschrocken sind viele auf der See, wenn ihnen ein fremdes Schiff begegnet und sie fürchten, es sei ein Türke, der sie gefangen nehmen und in der Türkey als Sklaven verkaufen könnte! Inwiefern aber ist jenes besser, als was die Türken tun? Eher ist es schlechter seitens derer, die sich Christen nennen. Wir hören, dass die meisten Neger gegen ihren Willen hierhergebracht werden, und dass viele derselben gestohlen sind. Sie sind allerdings schwarz, aber wir begreifen nicht, wie das ein besseres Recht gibt, sie zu Sklaven zu machen, als weisze zu halten. Es ist uns gesagt, wir sollen allen Menschen tun, wie wir wünschen, dass uns selbst geschehe; kein Unterschied wird gemacht mit Rücksicht auf Nation, Abstammung und Farbe. Auch ist es gleich, ob man Menschen stiehlt und raubt, oder ob man sie kauft und verhandelt. Es besteht hier zu Lande Freiheit des Gewissens, das ist recht und vernünftig; aber auch dem Leibe kommt Freiheit zu, es müsste denn ein Verbrecher sein, was eine ganz andere Sache ist. Aber dagegen, dass man Menschen hierher bringt, sie raubt und gegen ihren Willen verkauft, erheben wir Einsprache. In Europa müssen viele Underdrückung leiden, des Gewissens halber; hier unterdrückt man Menschen von schwarzer Hautfarbe.

„Wir wissen, dass wir keinen Ehebruch begehen sollen; es begehen aber manche Ehebruch in der Person anderer, indem sie Frauen von ihren Männern trennen und andern übergeben. Einige verkaufen die Kinder dieser armen Geschöpfe an Fremde. Ach, überlegt doch, die ihr dies tut, ob ihr möchtet, dass euch so geschehe, und ob dies mit dem Christentum übereinstimmt. Nicht in Holland und nicht in Deutschland geht man so weit. Es bringt euch in schlimmen Ruf, wenn man in Europa erzählt, dass die Quäker hier mit Menschen verfahren, wie man dort mit dem Vieh verfährt. Aus dem Grunde haben viele keine Lust und keine Neigung hierher zu kommen. Wer könnte auch für eure Sache einstehen und sie verteidigen? Fürwahr, wir können es nicht, es sei denn, dass ihr uns eines Besseren belehrt und überzeugt, Christen dürfen dergleichen tun. Was in der Welt kann uns Schlimmeres zustoszen, als wenn man uns raubt, stiehlt, in fremde Länder als Sklaven verkauft, den Mann von Frau und Kindern trennt? Und da dies nicht nach der Weise ist, wie wir wünschen, dass uns geschehe, so legen wir Einsprache ein und erklären uns gegen den Menschenhandel. Wer anerkennt, dass es unrecht ist zu stehlen, der soll auch das Gestohlene nicht kaufen, sondern vielmehr dazu helfen, dem Rauben und Stehlen, wo möglich, ein Ende zu machen. Jene Menschen sollten aus den Händen der Räuber erlöst und, wie in Europa, auf freien Fusz gesetzt werden. Dann wird Pennsylvanien einen guten Ruf erlangen, statt des schlechten, den es dieser Sache halber jetzt in andern

Ländern hat. Dazu kommt, dass die Europäer gern wissen möchten, wie die Quäker ihre Provinz regieren; die meisten blicken auf uns mit neidischem Auge.

„Wenn einmal diese Sklaven, die man für so gottlos und hartnäckig hält, sich zusammenrotten, für ihre Freiheit kämpfen und ihre Herren und Herrinnen ebenso behandeln, wie sie selbst von jenen behandelt wurden, werden diese Herren und Herrinnen mit dem Schwerte in der Hand gegen die armen Sklaven Krieg führen? Ja, einige allerdings wohl, aber haben die Neger denn nicht so viel Recht ihre Freiheit zu erkämpfen, wie ihr habt, sie in der Knechtschaft zu halten?

„Ueberlegt die Sache wohl. Ist sie gut oder schlecht? Findet ihr, dass es in der Ordnung ist, die Schwarzen auf diese Weise zu behandeln, so bitten und ersuchen wir euch hiermit in aller Liebe, uns zu belehren (was bisher nie geschehen ist), dass nämlich Christen die Befugnis haben, so zu verfahren; auf dass wir über diesen Punkt beruhigt werden und unsre Freunde und Bekannte in unserm Geburtslande beruhigen. Jetzt ist es für uns hier ein schrecklicher Gedanke, dass man in Pennsylvanien Menschen auf diese Weise knechtet.

„So geschehen in unsrer Versammlung zu Germantown am 18. des zweiten Monats (d. h. April) 1688. Der Monatsversammlung bei Richard Worrell zu überweisen.

Garret Hendericks, Francis Daniel Pastorius, Dirk Op den Graeff, Abraham Op den Graeff."

Die Monatsversammlung verwies den Protest an die Vierteljahrsversammlung, diese an die Jahresversammlung und damit an die höchste Behörde der Quäker. Ihre Entscheidung lautete: „Ein Schreiben wurde von einigen deutschen Freunden vorgelegt, die Rechtmäszigkeit und Unrechtmäszigkeit des Kaufens und Haltens von Negern betreffend. Es ist nicht für passend erachtet worden, dass diese Versammlung ein bestimmtes Urteil über die Vorlage ausspreche, da der Gegenstand derselben zu manchen andern Angelegenheiten in enger Beziehung steht. Vorläufig also sehen wir davon ab." Mit dieser kalten diplomatischen Wendung war der wichtige Gegenstand abgetan; doch muss den Quäkern zur Ehre nachgesagt werden, dass sie zwar langsam, aber mit wachsender Entschiedenheit auf Abschaffung der Sklaverei hinarbeiteten.

Wie es scheint, wurde der Kampf gegen die Sklaverei auch in Neu-England zuerst von einem Deutschen angeregt, von Karl Follen, der Professor in Cambridge, Mass., war. Im Herbst 1830 von einer Landpartie heimkehrend, fand er am Wege einen alten, von Regen durchnässten Neger, den er zu sich in seinen Wagen nahm und mit dem er sich unterwegs über Sklaverei unterhielt. Dies weckte in ihm die Idee, sich von da an der unterdrückten Rasse zu widmen. In Boston rief er mehrere der philanthropisch gesinnten Männer zusammen, mit denen er diese Frage lebhaft besprach, darunter Ex-Präsident John Quincy Adams, William Lloyd Garrison,

Edward Livingston und andere. Am 1. Januar 1831 erschien die erste Nummer des von Garrison redigierten Liberator in Boston, und von da an datiert die eigentliche Antisklavereibewegung im Osten.

Zu einer förmlichen Organisation kam es jedoch in Boston erst im Jahre 1833, als der Antisklavereiverein von Neu-England gegründet wurde. Follen trat der Gesellschaft sofort bei und wurde als ihr erster Vizepräsident und vorzüglichster Wortführer gewählt. Er schadete dadurch seiner Lebensstellung, und als im Jahre 1835 die Erbitterung gegen die Abolitionisten in Boston aufs höchste gestiegen war, wurde er endlich vom Direktorium der Universität seiner Professur enthoben

Bei allen diesen Verfolgungen blieb er seiner Ueberzeugung treu und in einer Versammlung des Antisklavereivereins vom 20. Januar 1836 unterbreitete Follen folgenden Beschluss: „Dass wir die Sache der Antisklaverei als die Sache der Menschlichkeit betrachten, in Bezug auf welche alle menschlichen Wesen, Weisze und Farbige, Bürger und Fremde, Männer und Frauen, dieselben Pflichten und dieselben Rechte haben", und hielt dann eine begeisterte Rede. Schon vorher hatte er den Auftrag erhalten, eine Adresse an das Volk der Vereinigten Staaten über die Sklavereifrage abzufassen, dessen er sich in glänzendster Weise entledigte. Die Adresse wurde an alle Mitglieder des Kongresses, an alle Gouverneure der Staaten und an die hervorragendsten Männer des Südens gesandt und erwarb dem Verfasser zahlreiche neue Freunde, aber auch die grimmigsten Feinde. Die Adresse, in ruhigem, würdigem Ton gehalten, gehört zu den besten in englischer Sprache abgefassten politischen Dokumenten.

Um diese Zeit (Anfang 1836) hatte die Gesetzgebung von Massachusetts, auf Veranlassung des Gouverneurs, ein Komitee von fünf Mitgliedern ernannt, um Verbotsgesetze gegen die Versammlung der Antisklavereigesellschaft in Vorschlag zu bringen. Um vor diesem Komitee sich zu verteidigen, ernannte die Gesellschaft einen Ausschuss und wählte Follen als eines der Mitglieder. Lloyd Garrison und andere sprachen zuerst, und Follen trat dann als der Hauptredner vor. Er sagte unter anderm: „Was die Prüfung, die Kritik, die öffentliche Besprechung nicht vertragen kann, muss in sich selbst schlecht sein, und wenn die Legislatur es sich herausnimmt, die freie Rede und freie Presse zu fesseln, so kann nur ihr Zweck sein, ein Institut zu verewigen, das niemals hätte bestehen sollen. Man unternimmt es nicht, uns zu beweisen, dass wir Unrecht haben, sondern man will uns verbieten, unsre ehrliche Meinung auszusprechen. Südliche Legislaturen haben bereits Belohnungen auf unsre Ermordung ausgesetzt. Sie, meine Herren, werden vielleicht nicht ganz das Reden uns verbieten, aber durch einen Beschluss der Gesetzgebung unser Bestehen tadeln, und dies wird dem rohen Haufen Veranlassung zu Gewalttaten gegen uns geben —" Hier unterbrach ihn der Vorsitzer und wollte ihm nicht erlauben, in seiner Rede fortzufahren, wogegen seine Kollegen protestierten und ihn aufforderten, weiter zu sprechen. Follen erhob sich dann wieder und sagte: „Bevor ich weiter rede, wünsche ich zu wissen, was Unziemliches von

mir gesagt worden ist, und dann, ob ich ein Recht habe, hier zu sprechen, oder ob mir das nur durch besondere Gunst verstattet sein soll?" Da hierauf vom Vorsitzer keine genügende Erkärung gegeben wurde, verlieszen Follen und seine Freunde die Versammlung und reichten am folgenden Tage eine Remonstration bei der Legislatur ein, welche sofort eine abermalige Versammlung anordnete. Follen war jetzt der Redner und obwohl öfters unterbrochen, führte er doch seine Argumente zu Ende. Ein Augenzeuge schildert diesen Auftritt wie folgt:

„Der Saal des Senats war gedrängt voll und lautes Beifallrufen erscholl, als der Redner eine Anschuldigung nach der andern in ihr Nichts auflöste, oder mit Erfolg die Impertinenz des Vorsitzenden zurückwies. Man unterbrach Follen, als er klar darlegte, dass gegen Abolitionisten gerichtete tadelnde Beschlüsse öffentlicher Versammlungen stets Volksaufläufe (Mobs) zur Folge hätten. Der Vorsitzer forderte ihn auf zu schweigen, oder das Komitee mit gebührender Achtung zu behandeln, worauf er mit seiner sanften und doch so klangvollen Stimme erwiderte: „Muss ich Sie so verstehen, als ob, wenn ich stürmende Pöbelhaufen verdamme, ich damit dem Komitee nicht die gebührende Achtung bezeuge?" Während des Beifallrufes, der hierauf erscholl, spielte der Vorsitzer eine traurige Rolle. Dr. Follen eroberte sein Feld Zoll für Zoll und es gelang ihm, alles zu sagen, was ihm auf dem Herzen lag."

Schon im Jahre 1848 als die Freiboden-Demokraten Martin Van Buren als Präsidentschaftskandidat aufgestellt hatten, schlossen sich Deutsche ihrer Partei an und hielten im November unter dem Vorsitze Georg Seidenstickers eine Versammlung, die mit drei Hochs schloss für Van Buren und die demokratischen Grundsätze, freier Boden, freie Arbeit, freie Rede und freie Menschen. In der Tat bestand die junge republikanische Partei zum groszen Teil aus freien Demokraten, selbst Fremont war ursprünglich ein Demokrat. Dennoch waren viele nördliche Demokraten ihrer Partei treu geblieben, so auch ein groszer Teil der schon vor dem Jahre 1848 eingewanderten Deutschen, da sie ihnen Schutz gegen den Nativismus und Temperenzfanatismus gewährt hatte. Auch die hier geborenen pennsylvanischen Deutschen hielten groszenteils fest an ihr. Die sogenannten Achtundvierziger und manche, die sich schon früher im alten Vaterlande an freiheitlichen Bewegungen beteiligt hatten, auch wohl als Flüchtlinge nach Amerika gekommen waren, schlossen sich dagegen meistens der republikanischen Partei an.

Zu dieser letzten Klasse von Deutschen gehörten die meisten Mitglieder der deutschen freien Gemeinde von Philadelphia, die denn auch, mit nur sehr wenigen Ausnahmen, der republikanischen Partei beitraten, während ihr früherer Präsident Georg Seidensticker mittels Privateinladungen die erste republikanische Versammlung deutschamerikanischer Bürger berief, zu einer vorläufigen Beratung über die erforderlichen Schritte für den Obsieg der republikanischen Partei.

Diese erste Versammlung wurde am Abend des 29. Juni 1856 in der Arbeiterhalle in der Dritten Strasze unterhalb der Green-

Strasze, dem damaligen Versammlungslokale der freien Gemeinde, abgehalten. Seidensticker leitete sie als Präsident, Johann Serz und B. G. Stephan waren die beiden Vizepräsidenten und C. F. Huch führte das Protokoll. Zunächst verlas der Präsident die von der republikanischen Konvention aufgestellte Platform und wies darauf hin, wie wahrhaft demokratische Grundsätze jetzt nur innerhalb der republikanischen Partei zu finden seien. Es wurde dann ein Ausschuss, bestehend aus A. H. Rosenheim, Weismann, C. Dümmig, Dr. C. Hering und F. Dittmann, beauftragt, Beschlüsse zu entwerfen, und während er sich zurückzog, verteidigte der Präsident die Platform gegen die Verdächtigung des Nativismus und erwähnte, wie Deutsche selbst an ihrer Abfassung mitgewirkt, und in der Konvention eine den Deutschen höchst freundliche Stimmung geherrscht habe. Mittlerweile war der Ausschuss zurückgekehrt und legte eine Reihe von Beschlüssen vor, die einer demnächst abzuhaltenden Massenversammlung zur schlieszlichen Genehmigung vorgelegt werden sollten. Sie lauteten:

In Erwägung 1. der gegenwärtigen politischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten, wo augenscheinlich Gefahr droht, die rohe Herrschaft der Sklavenhalter alsbald wieder über alle Gebiete und Staaten des Landes verbreitet und dadurch die freie Arbeit ausgeschlossen, oder doch verkümmert und entwürdigt zu sehen;

2. dass die sogenannte demokratische Partei, in Unterwürfigkeit gegen die Sklavenhalter und unterstützt von der gegenwärtigen Administration, die bündigsten Verträge zerrissen, die Freiheit und die Rechte der Bürger in den Territorien verraten, und sie Sklavenhaltern und Banden von Grenzstrolchen preisgegeben hat;

3. dass dieselbe demokratische Partei alle wahrhaft demokratischen und republikanischen Grundsätze durch Wort und Tat verhöhnt und unter die Füsze tritt, durch Begünstigung und Beförderung der Sklaverei die Zukunft der Republik selbst gefährdet, solche der gefährlichen Oligarchie herrschsüchtiger und tyrannischer Sklavenhalter in die Hände spielt, unter deren Herrschaft endlich alle bürgerliche Freiheit unausbleiblich zu Grunde gehen muss; und endlich

4. dass diese Sklavokratie, unter unleugbarer Konnivenz von seiten der sogenannten demokratischen Partei und Administration, schon jetzt das freie Wort und die freie Rede, sowohl im sozialen Verkehr als in der Presse, ja selbst in den geheiligten Hallen der National-Gesetzgebung unterdrückt und durch die brutalsten, pöbelhaftesten Gewalttätigkeiten zum Schweigen zu bringen sucht, haben wir, die in gegenwärtiger Versammlung anwesenden deutschen Bürger und Einwohner von Philadelphia einmütig beschlossen,

1. dass jedem, und so auch dem deutschen Adoptivbürger, die Pflicht obliegt, seine Gesinnung rückhaltslos auszusprechen;

2. dass die neuerdings so schroff hervortretende, durch das Sklaventum erzeugte, tiefe Demoralisation wiederholt dartut, wie nur durch die kräftigste Begrenzung der Sklaverei die dauernde Erhaltung der Republik ermöglicht wird;

3. dass die sogenannte demokratische Partei durch feile Hingabe an die selbstischen Interessen und Tendenzen der Sklavenhalter sich

den wahren Interessen der Republik feindlich gegenübergestellt hat und deshalb unseres Vertrauens unwürdig ist;

4. da die republikanische Partei durch ihre von der National-Konvention in Philadelphia aufgestellte und allerseits ratifizierte Platform die Zusicherung erteilt hat, dass sie nicht nur Abstellung jenes nationalen Grundübels erstrebe, sondern auch jeder legislativen Beeinträchtigung der allgemeinen Freiheit und bürgerlichen Gleichheit sich entgegenstellen wolle, lediglich fuszend auf der Konstitution und den Institutionen des Landes, wodurch jene Rechte hinlänglich gesichert worden sind, und da die seitherige Handlungsweise dieser republikanischen Partei keinen Zweifel an ihrer Ehrlichkeit rechtfertigt, vielmehr eine freundliche Beachtung, insbesondere der deutschen Adoptivbürger und deren gerechten und billigen Ansprüche an den Tag gelegt hat, nebst beharrlicher und entschiedenster Zurückweisung aller Bestrebungen einer andern Partei, diese Rechte und Ansprüche in Frage zu stellen, so hat diese republikanische Partei unter den vorliegenden Umständen auch den gerechtesten Anspruch auf unsere allseitige kräftige Unterstützung.

5. Wir adoptieren daher auch ihre besagte Platform als die unsrige, werden auf dieser Basis mit der republikanischen Partei einträchtig zusammenwirken, anerkennen und genehmigen die von ihrer National-Konvention getroffenen Nominationen für die Aemter eines Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten und werden diesen stets auch unsre kräftigste Unterstützung gewähren.

Bei der nun folgenden Debatte sprachen sich alle Redner, mit Ausnahme C. Göpps, zu Gunsten der Beschlüsse aus. Göpp beschuldigte die Republikaner des Temperenzfanatismus, was andere Redner bestritten und behaupteten, dass es Temperenzler unter allen Parteien gäbe, und in der jüngsten Zeit es besonders die Demokraten gewesen wären, die Temperenzgesetze erlassen hätten. Die vorgelegten Beschlüsse wurden schlieszlich mit groszer Mehrheit angenommen.

Um einen Fremontklub zu gründen, wurden noch zwei Versammlungen abgehalten, eine am 7. Juli, in der die Verfassung für diesen Klub angenommen und zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und die andere am 12. Juli, in der die folgenden Beamten gewählt wurden: Präsident: G. Seidensticker, Vizepräsident: Th. Pösche, Schatzmeister: C. Dümmig, protokollierender Sekretär: Franz Arnold, korrespondierender Sekretär: W. L. J. Kiderlen. Auszerdem besprach man noch die Gründung von Wardvereinen und die Herausgabe eines Kampagneblattes, wofür ein Ausschuss ernannt wurde, um sich mit dem Eigentümer der Freien Presse, F. W. Thomas, in Verbindung zu setzen, infolgedessen das Wochenblatt „Die Republikanische Flagge“ erschien.

Um die später abzuhaltenden republikanischen Massenversammlungen eindrucksvoller zu machen, wurde ein Heft mit vier vierstimmigen Kampfliedern gedruckt, wobei man bekannten Singweisen passende, zum Teil von Friedrich Schünemann-Pott, dem Sprecher der freien Gemeinde, verfasste Worte unterlegte. Diese Lieder wurden unter der Leitung des Musikdirektors Wilhelm

Fischer, des Dirigenten der Liedertafel der freien Gemeinde, von dieser, unter Anschluss vieler andrer Sänger in jenen Versammlungen gesungen. Zwei davon sind schon im zweiten Hefte der Mitteilungen abgedruckt worden.

Die Freie Presse vom 18. August 1856 veröffentlichte eine Liste deutscher Zeitungen, von denen 66 (darunter 17 tägliche) sich für Buchanan, 46 (darunter 15 tägliche) für Fremont und eine für Fillmore erklärt hatten. Von diesen erschienen in freien Staaten 53 Buchanan- und 43 Fremont-Blätter und ein Fillmore-Blatt, in den Sklavenstaaten 13 Buchanan- und 3 Fremont-Blätter. Sechs andere waren noch nicht im Klaren, ob sie ihre Zustimmung geben sollten, dass man der deutschen Einwanderung die Territorien raube und sie der Sklaverei überlasse. In Pennsylvanien befürworteten 17 Buchanan, 9 Fremont, eines Fillmore und fünf hatten sich noch nicht entschieden. Zu diesen gehörte in Philadelphia das von Wilhelm Rosenthal, dem früheren Redakteur der Freien Presse, herausgegebene Wochenblatt, das jedoch kurz vor der Wahl zur demokratischen Partei überging, während der Philadelphia Demokrat immer diese Partei vertreten hatte. Sein damaliger Eigentümer war Dr. Eduard Morwitz und sein Hauptredakteur Dr. G. Th. Kellner, der, wegen Beteiligung an der freiheitlichen Bewegung in Deutschland eingekerkert, im Februar 1852 aus seiner Haft entfloh, später in New York die freisinnige Zeitung „Reform" herausgab und im Jahre 1856 nach Philadelphia kam.

Die New Yorker Criminal-Zeitung, ein weit verbreitetes, einflussreiches Blatt, hatte sich auch der republikanischen Partei angeschlossen, nachdem Fremont ihrem Herausgeber, Friedrich Lexow, sein feierliches Wort gegeben, „nach seiner etwaigen Erwählung keinen Versuch der Bundesgesetzgebung zu unterstützen und keinen Beschluss derselben zu genehmigen, wodurch die Probezeit der Einwanderer verlängert, und die Einwanderung in irgend einer Weise erschwert oder beeinträchtigt werden möchte."

Während der Monate Juli und August entfaltete der republikanische Klub nur geringe Tätigkeit, womit manche eifrige Republikaner unzufrieden waren. Seidensticker legte infolgedessen sein Amt nieder, und es fanden Neuwahlen statt. Da nun auch die Gründung von deutschen Wardvereinen eifrig betrieben ward, so nannte der Klub sich Deutscher Republikanischer Zentralklub. Zu denen, die in den Wardklubs und Versammlungen als Redner und Beamte tätig waren, gehörten Hugo Wesendonck, Franz Arnold, L. Wittig, der Redakteur der Freien Presse, Wm. Rapp, der Redakteur der Turnzeitung, W. L. J. Kiderlen, Nik. Schmitt, Adolph Douai, H. Mundt, Theodor Bracklow, John Weik, Louis Mahlke, Fr. Meyer, John Rockey, A. H. Rosenheim, Ignaz Kohler, Peter Fasel, Aug. Brückner, Fr. Oldach, Robert L. Hilbig, Fr. Loes, Jakob Fischer, Fr. Luig, C. Stein, Franz Schen und andere.

Am 22. September hielten die deutschen Republikaner eine Massenversammlung in Franklin Hall, die von Arnold als Vorstand des Zentralklubs eröffnet wurde. Einstimmig wurden dafür erwählt:

Präsident: Hugo Wesendonck, Vizepräsidenten: Chas. Gilpin, Thom. Balch, Henry C. Carey, Dr. Hering, Rosenheim, Mahlke und Stein, Sekretäre: R. Hilbig, C. Meyer und L. Wittig.

Zuerst trat Kiderlen auf, der in einer sorgfältig und mit groszer Schärfe ausgearbeiteten Rede die Sklavenfrage von der gewerblichen, gesellschaftlichen, politischen und moralischen Seite beleuchtete, in einem geschichtlichen Ueberblick den Uebergang des Sklaventums von einem sektionalen auf nationalen Boden, vom Zustande des bloszen Geduldetseins zur Propaganda nachwies, und die Mittel bloszlegte, durch welche dem Süden dies gelungen sei. Nach Beendigung seiner Rede legte er folgende Beschlüsse vor, die einstimmig angenommen wurden.

In Erwägung, dass bei der in wenigen Wochen stattfindenden Präsidentenwahl die Pflicht von jedem stimmfähigen Bürger erheischt, dass er sich für einen Kandidaten erkläre, und dass nach unserer Ueberzeugung die Wahl nur zwischen J. C. Fremont, dem Kandidaten der Republikaner, und James Buchanan, dem Kandidaten der alten Hunkerpartei, schwankt, wurde von uns, den heute, am 22. September, in Franklin Hall versammelten stimmfähigen Bürgern beschlossen:

1. dass wir in J. C. Fremont den Kandidaten der Partei der Freiheit, der freien Arbeit, der freien Sprache, und der freien Ueberzeugung erkennen;

2. dass wir es für unsere heilige Pflicht halten, der Erwählung des Herrn James Buchanan, des Kandidaten der Sklavenpropaganda des Südens und der Parteisklaven des Nordens, aus allen Kräften zu opponieren;

3. dass wir der deutschen Ehrenmännern gegenüber gemachten Erklärung Fremonts, dass er unter keinen Umständen eine Beschränkung der Rechte eingewanderter Bürger seine Zustimmung geben würde, vollen Glauben schenken, weil sein ganzes Leben ein Zeuge seiner Wahrheitsliebe und Biederkeit ist;

4. dass wir von jetzt bis zur Wahl mit allen Kräften und mit ganzem Herzen eifrig streben wollen, auf ehrenhaftem Wege, durch die Macht der Wahrheit, unsre deutschen Mitbürger, die sich von den Parteifesseln der Sklavenpropaganda noch nicht emanzipiert haben, der guten Sache der Freiheit zu gewinnen;

5. dass diese Beschlüsse in den republikanischen Zeitungen dieser Stadt veröffentlicht werden.

Der nächste Redner war Wm. Rapp, ihm folgte Theodor Bracklow und den Schluss machte, auf vielfachen Ruf, Franz Arnold.

Am Abend des 9. Oktobers versammelten sich im Independence Square angeblich gegen 5000 deutsche Republikaner, von denen ein Teil von der Aktienbierhalle in der Dritten Strasze dorthin marschiert war. A. H. Rosenheim rief die Versammlung zur Ordnung und schlug die folgenden Herren als Beamte vor: Präsident: Nikolaus Schmitt, Vizepräsidenten: John Weik, Dr. Tiedemann, F. W. Thomas, C. L. Mahlke, Peter Schenkel, Fr. Meyer, Sekretäre: Louis Wittig, Robert F. Hilbig.

Präsident Schmitt sprach hierauf einige Worte über die Bedeutung des Wahlkampfes und die Art desselben, die guten Gründe auf republikanischer Seite, die nicht mit faulen Eiern operiere. Wer für die Freiheit kämpfe, gehe nie unter, er lebe fort in dankbarem Gedächtnis der Nachwelt. Der erste Redner, Wm. Rapp, fasste sich kurz, da, wie er sagte, Männer wie Friedrich Münch aus Missouri und Friedrich Hecker nach ihm sprechen würden. Nachdem alsdann Münch (Far West) geredet hatte, verlas Rosenheim folgende Beschlüsse, die angenommen wurden:

Die deutschen Republikaner der Stadt Philadelphia, die heute abend im Independence Square versammelt, beschlieszen:

Dass das der freien Arbeit durch den Missouri-Vertrag gesicherte Land derselben nicht genommen werden darf; dass die sogenannte demokratische Partei, indem sie jenen geheiligten Vertrag zerstörte, sich zur feilen Metze des südlichen Sklavenrittertums herabgewürdigt, und sich dadurch des Vertrauens aller Recht und Freiheit liebenden Bürger verlustig gemacht hat;

dass die republikanische Partei dadurch, dass sie den Widerstand gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei zu ihrem Lebensprinzip und Schlagwort erhoben, die allein wahre Vertreterin jener reinen Demokratie ist, die in dem groszen Jefferson ihre Verkörperung fand; endlich

dass uns als Deutsche und Eingewanderte die heilige Pflicht obliegt, die ungeheuren Territorien des Westens dem Segen der freien Arbeit offen zu halten; und dass wir zu diesem Behufe bei der am 14. Oktober stattfindenden Wahl, dem Unions-Staatsticket, sowie den sämtlichen republikanischen Nominationen unsre volle und kräftige Unterstützung zuwenden.

Nun trat unter allgemeinem Jubelruf und Hurra Friedrich Hecker vorwärts, der am Schlusse seiner Rede sagte, vier Gründe genügten ihm, gegen die jetzige Administration zu wirken, das sei die Vernichtung der konstitutionellen Rechte daselbst auf freien Austausch der Meinung in Schrift und Wort, auf freie Versammlungen und auf Petitionen, und endlich der Zustand des Postwesens, und er werde redlich arbeiten, den Kainsfluch der Sklaverei von diesem Lande auszutilgen. Angesichts des Stadthauses von Philadelphia erkläre er, dass eher seine Zunge erlahmen solle als für Buchanan sprechen, eher seine Hand verdorren als einen Stimmzettel für die heutige Demokratie abgeben. Das Ticket, das er stimme, sei das republikanische mit Fremont und Dayton!

Lang anhaltender Beifallsruf dankte dem gefeierten Redner und mit einigen kräftigen Worten gegen die Afterdemokratie, „der nur noch Dummköpfe und Verräter angehören können", und drei Hochs für Hecker, Münch und das Union-Staatsticket, schloss Präsident Schmitt die denkwürdige Versammlung, die durch den Ernst und die aufmerksame Ruhe, die dabei vorherrschten, ein schönes Zeugnis für die Reife der deutschen Bürger zum Verständnis freien Staatslebens ablegte, auch ohne einundzwanzig Prüfungsjahre.

Eine andere grosze Massenversammlung fand am Abend des 11. Oktobers in der National-Halle statt, zu der alle Freunde der

Freiheit und freien Arbeit eingeladen waren. Als Redner erwartete man: Friedrich Hecker aus Illinois, Adolph Donai aus Texas, Julius Fröbel aus New York, Dr. Eduard Wisz aus Baltimore, Dr. Krakowitzer aus Williamsburg, N. Y., Dr. Wm. Elder aus Phiadelphia, Dr. Reinhold Solger aus Massachusetts, George W. Curtis aus New York und Friedrich Kapp aus New York.

Der grosze, 5000 Menschen fassende Saal war schon vor der angesetzten Zeit gedrängt voll. Er war aufs schönste durch Flaggen, Inschriften und Kränze verziert, in deren Mitte die Namen „Fremont und Dayton" besonders ins Auge fielen. Die Inschriften lauteten, oben an der Orgel: „Frei Kansas!" und zu beiden Seiten: „Fremont: Die freie Arbeit, d. h. das natürliche Kapital, stellt den wahren Reichtum dieses Landes dar." „Henry Clay: Keine irdische Macht soll mich bestimmen, die Sklaverei in Territorien zu führen, wo sie nicht besteht." Umschlungen von Lorbeergewinden prangten an den Wänden die Namen folgender amerikanischer oder um Amerika verdienter Patrioten: F. W. von Steuben, De Kalb, Albert Gallatin, Peter Mühlenberg, Thaddeus Kosziusko, Thomas Paine, Robt. Morris, Benj. Franklin, John Hancock, Christoph Sauer, David Rittenhaus, Carrol von Carrolton, Conrad Weiser, Andrew Jackson.

Gegen 7¾ Uhr eröffnete der Vorsitzende des Zentralklubs Franz Arnold die Versammlung und verlas folgende Liste der Beamten, die jedoch nicht sämtliche Namen der Vizepräsidenten enthält: Präsident: H. Wesendonck. Vizepräsidenten: Conrad Liebrich, F. W. Thomas, Dr. Const. Hering, A. H. Rosenheim, Wilh. Schrader, H. Stein, Dr. H. Tiedemann, Dr. G. Seidensticker, Aug. Brückner, Dr. Neidhardt, Jul. D. Flurer, Ign. Kohler, Dr. F. A. Genth, Louis Mahlke, Fr. Loes, Joh. Serz, Caspar Benkert, Jul. Stern, W. L. J. Kiderlen, Chas. Dümmig, A. Beeken, Jacob Fischer, F. Oldach, G. Endriss, H. Mundt, W. Bauer, B. G. Stephan, C. Roth, John Weik, Dr. L. Wittig, H. Wiremann, C. O. Schmidt, Wm. Fischer, F. Baumgarten, Fr. Loes, Fr. Dittmann, Fr. Fromhagen, P. Fasel, O. Brachvogel, Fr. Meyer, H. Schmidt, John Miller, Kinzinger, L. Elsässer, A. Hoffmann, Fr. Luig, F. Kratz, Aug. Wickleff, Aug. Lessig, Fr. Scheu, L. Haugg, P. Schenkel, Fr. Jahn, Dr. G. Duhring. Sekretäre: L. Wittig, W. Rapp, C. Ungerer, M. Kohler, R. F. Hilbig, Nikolaus Schmitt, G. Söffing, Conr. Kaiser, C. Reukauf, R. Schleicher, L. Ackermann.

Als der Präsident seinen Sitz eingenommen hatte, tönten Hörnerklänge von der Strasze herauf. Es war die wackere Schar der Sänger und Turner, die mit Fahnen und Laternen in geschlossenem Zuge ankam und nun im Saale die für sie bestimmten Plätze einnahm. Nachdem die Ordnung wieder hergestellt war, nahm Präsident Wesendonck das Wort:

Willkommen ihr deutschen Männer, die ihr von nah und fern herbeigeeilt seid, um ein Zeugnis eurer Gesinnung abzulegen. Ich heisze euch willkommen im Namen der Freiheit, im Namen der Gleichheit, im Namen der Brüderlichkeit. Wohl darf ich euch willkommen heiszen im Namen der Freiheit, denn wir sind mitberufen, der Freiheit eine Gasse zu bahnen, durch welche sich der Strom

der Zivilisation über diesen Kontinent bis zu den Wassern des Stillen Ozeans verbreiten soll. Und im Namen der Gleichheit! Denn es ist unsere Aufgabe, die Eingriffe einer bevorzugten Kaste zurückzuweisen, welche das gemeinschaftliche Erbteil aller Staaten für ihre Sonderinteressen auszubeuten bemüht ist. Und im Namen der Brüderlichkeit, denn es ist unsre Pflicht, das Band der Eintracht, welches diese einunddreiszig Staaten zu *einer* Familie umschlungen hält, für alle Zeiten zu erhalten.

Ja, meine Freunde, die persönliche Freiheit ist in Gefahr, von den Anmaszungen einer sektionellen Partei unterdrückt zu werden, welche die freie Arbeit zu ihrer Magd erniedrigen will. Die Gleichheit der Staaten ist gefährdet durch die Uebergriffe der Sklaverei auf dem Gebiet, welches durch einen geheiligten Vertrag den freien Staaten für immer zugesagt war. Die Union der Staaten selbst ist in Gefahr, denn eine korrumpierte Partei arbeitet an der Bildung eines Sonderbundes, und ihre Machinationen können nur durch eine einmütige Erhebung aller freien Männer zu Schanden gemacht werden.

Wahrlich, es bedarf warmer Herzen und eines starken Willens, um das freie Volk der Vereinigten Staaten auf der imposanten Höhe zu erhalten, auf der die Väter der Republik und das Volk von 1776 standen. Es bedarf eines andern Washington nicht nur, sondern auch eines neuen Volksgeistes, frei von den Fesseln der Selbstsucht, der Habgier und der Herrschsucht, um dieses Land zu den reinen Prinzipien zurückzuführen, die es allein möglich machten, das Joch seiner früheren Unterdrücker abzuschütteln.

Dieser neue Volksgeist ist erwacht! Wie ein Gewitter nach einem schwülen Sommertage, rauschte er dahin, um die Luft von der Pestilenz zu reinigen, welche der Geruch der Sklaverei über dieses herrliche Land gebracht hat! Schlieszen wir uns diesem Volksgeiste an. Erheben wir uns wie die Männer von 1776 zu einer neuen Unabhängigkeitserklärung, und verkünden wir es mit allen Zungen, dass der freie Boden der Vereinigten Staaten von dem Gifthauche einer unmenschlichen Institution nicht weiter verpestet werden soll!

Das freie Territorium, es bleibe frei für alle Zeiten! Der Einwanderer, der, des europäischen Despotismus müde, unsern Boden betritt, er finde auch ferner hier nicht nur ein Asyl, sondern auch einen Tempel, in dem er den Göttern der Freiheit ungeheuchelte Opfer darbringen kann!

Der freie Arbeiter finde hier nicht einen andern Dienst, sondern dieses Land biete ihm eine Heimstätte, wo er mit gleichem Rechte diejenigen Glückseligkeiten erreichen kann, deren Erstrebung sein unveräuszerliches Erbteil, und deren Verwirklichung die unabweisliche Endaufgabe der Gesellschaft ist.

Das nächste Ziel aber, wofür wir kämpfen, ist das: „Freies Land dem freien Arbeiter.“ Wir Deutsche haben in diesem Kampfe keine Wahl. Die Ehre des deutschen Namens wurzelt zu tief in uns, um lange zu schwanken. Haben auch manche von uns dem tönenden Erz in der klingenden Schelle einer falschen Demokratie

eine Zeit lang zugelauscht, so ist doch nunmehr der Tag angebrochen, der diese Buhlerin um die Gunst der Deutschen in ihrer ganzen Blösze zeigt. Es ist Licht geworden rings um uns herum. Dieses Licht hat auch die deutschen Herzen erwärmt, es hat uns alle erleuchtet, so dass wir mit offenem Visier vor den eingeborenen Amerikaner hintreten und ihm zurufen dürfen: Wir sind stolz auf unsre deutsche Abkunft, wie wir stolz auf unser amerikanisches Bürgerrecht sind. Unser Wahlspruch in diesem Kampfe ist: „Ein freier Boden und ein gleiches Recht."

Nachdem der Enthusiasmus, der diesen Worten folgte, verrauscht war, und die Sänger unter W. Fischers Leitung das Lied: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde", vorgetragen hatten, stellte der Vorsitzer der Versammlung Julius Fröbel vor, aus dessen gehaltreicher Rede nur einiges erwähnt werden möge. So sagte er unter anderm, es dränge sich ihm die Frage auf, wie es komme, dass die deutschgeborenen Bürger dieses Landes unsicher sein können und dass so lange Reden gehalten werden müssen, um die Forderungen des Rechts, der Vernunft und der politischen Zweckmäszigkeit in das rechte Licht zu stellen. Seien sie dazu hierhergekommen, um den schönsten Zug in ihrem Charakter, den einfachen Sinn für Humanität und Gerechtigkeit zu verleugnen? — Die grosze Mehrheit der deutschgeborenen Bürger hat bisher der demokratischen Partei angehört, und der Uebergang zur republikanischen Partei, so klar und offen die Interessen des Rechtes, der Bildung und der Humanität auf deren Seite liegen, fällt dem durch seine Treue bekannten deutschen Charakter schwer; aber sollen sie dadurch in den Fehler der blinden Treue verfallen, der den Deutschen ebenfalls anhaftet, durch den jedoch eine Zierde des Charakters zu einer Dummheit wird. — Kann da noch eine Wahl sein, wenn man die Platformen der Parteien prüft? — Die republikanische Partei ist die Vereinigung aller wahren Fortschrittselemente der alten Parteien, mit Zurücklassung ihrer Aristokratie und ihres Pöbels, und die gegenwärtige Bewegung ist mehr als ein Parteikampf, sie ist eine Parteirevolution.

Fröbel schloss mit den Worten: „Ein Volk, welches sich nicht durch seine eigene innere Entwickelung zu freien Institutionen emporarbeiten kann, wird solche Institutionen weder benutzen noch behaupten können, auch wenn ein Gott sie ihm bescherte. Die Schule der Freiheit ist der Kampf für dieselbe. Und in diesem Kampfe stehen wir in diesem Augenblicke mitten drinne. Vergessen sie nicht, wie viel von der Entscheidung von Pennsylvanien abhängt, und wie viel in Pennsylvanien von den deutschen Bürgern."

Enthusiastischer Beifall begleitete den Redner bis zum Schluss seines Vortrages, worauf N. Schmitt zur Verlesung der Beschlüsse sich erhob, die mit einem donnernden Ja angenommen wurden. Sie lauteten:

In Erwägung, dass wir, deutsche Bürger der Vereinigten Staaten, an den Grundsätzen der Unabhängigkeitserklärung, insbesondere an demjenigen, dass alle Menschen gleich geboren sind und ein unveräuszerliches Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach

Glückseligkeit haben, sowie an dem ferneren Grundsatze festhalten, dass das Volk die oberste Quelle aller Regierungsgewalt ist;

In Erwägung, dass wir in der Konstitution der Vereinigten Staaten unser oberstes Gesetz, aber auch unser höchstes Recht erkennen, und dass dieselbe die Grundsätze enthält, deren Verletzung einen Hochverrat an der demokratischen Freiheit des Individuums darstellen würde;

In Erwägung, dass die Union der Vereinigten Staaten den Zweck hat, Recht und Gerechtigkeit einzusetzen, Ruhe im Innern zu befestigen, die allgemeine Wohlfahrt zu befördern und den Segen der Freiheit für alle Zeiten zu sichern, und dass wir sie darum als unser teuerstes Gut erachten, dessen Erhaltung wir mit Leib und Leben vertreten wollen;

In Erwägung, dass die sogenannte demokratische Partei die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung dadurch verletzt hat, dass sie wider Recht und mit Gewalt die Sklaverei in das bis dahin freie Territorium Kansas einführte, und dass sie direkt oder indirekt den Bewohnern von Kansas das Recht, ihre Regierung selbst zu bestimmen und ihre Gesetze selbst zu machen, genommen, indem sie eine Legislatur anerkannte, welche allen Menschenrechten Hohn gesprochen, und diese Legislatur durch Vereinigte-Staaten-Truppen unterstützte;

In Erwägung, dass die dem Volke in der Konstitution der Vereinigten Staaten ausdrücklich garantierten Rechte, namentlich das Recht auf Sicherheit in Person und Eigentum, das Recht auf Freiheit der Rede und der Presse, das Recht, Waffen zu tragen, und das Recht der freien Ueberzeugung, in dem Territorium Kansas auf die unerhörteste Weise mit Füszen getreten worden sind, und dass die demokratische Partei in ihrer National-Konvention zu Cincinnati alle diese Schandtaten gut geheiszen und in ihren Folgen anerkannt hat;

In Erwägung, dass der Zweck der Union in den Händen der demokratischen Partei verfälscht worden ist, indem an die Stelle des Rechts und der Gerechtigkeit eine unumschränkte Gewaltherrschaft, ermutigt und unterstützt durch Mord, Raub und Brandstiftung, an die Stelle von Frieden und Ruhe der Bürgerkrieg, und an Stelle der allgemeinen Wohlfahrt das Interesse der Sklavenhalterpartei des Südens gesetzt wurde, und dass der Segen der Freiheit durch die demokratische Partei von einem Lande ausgeschlossen wurde, dem derselbe durch einen geheiligten Vertrag ausdrücklich zugesichert war;

In Erwägung ferner, dass dem Rechte der freien Arbeit und dem Arbeiterstande durch die Einführung der Sklaverei in das Territorium von Kansas und Nebraska nicht nur ein unüberwindliches Hindernis in den Weg gelegt wurde, sich über den fernen Westen zu verbreiten, sondern dass demselben auch der gerechte Anspruch auf einen unentgeltlichen Anteil an den Staatsländereien und eine Heimstätte auf denselben verkürzt wurde, und dass die demokratische Partei auch darin einen Verrat an den demokratischen Rechten

des Volks begangen, dass sie den Ansprüchen der Sklavenhalterpartei in der Heimstättefrage stets nachgegeben;

Aus diesen Gründen beschlieszen wir deutsche Bürger der Vereinigten Staaten zu erklären,

Dass die demokratische Partei unwürdig ist, von uns unterstützt zu werden, und dass wir mit derjenigen Partei gehen werden, welche die oben entwickelten Grundsätze zu ihrer Richtschnur erhebt.

In Erwägung endlich, dass die republikanische Platform sich unumwunden zu diesen Grundsätzen bekennt, und dass wir in John C. Fremont nicht nur den Träger derselben, sondern auch einen Mann erkennen, der durch seinen Charakter, seine Entschiedenheit, seine Ausdauer, seine Fähigkeiten und sein ganzes vergangenes Leben eine Garantie dafür bietet, dass er diese Grundsätze zur Ausführung bringen werde, so viel an ihm liegt;

Aus diesen Gründen beschlieszen wir ferner, John C. Fremont und die übrigen Kandidaten der republikanischen Partei, die durch ein unbedingtes Bekenntnis zu den oben ausgeführten Grundsätzen, Charakter, Energie, Talente und Moralität sich unseres Vertrauens würdig erwiesen haben, bei den bevorstehenden Wahlen durch unsre Stimmen zu unterstützen und durch unablässiges Streben und treues Ausharren diesen Grundsätzen am 11. Oktober, 4. November, und bei jeder späteren Gelegenheit den Sieg zu verschaffen und zu sichern.

Der vereinigte Sängerchor trug jetzt das Lied vor „Auf und lasst die Fahnen fliegen!" und dann wurde Reinhold Solger aus Massachusetts der Versammlung vorgestellt, an die er in englischer Sprache einen trefflich durchdachten und von stetem Beifall begleiteten Vortrag richtete.

Nach dessen Schluss erhob sich der Ruf nach Hecker, der Präsident hielt indes fest an der Reihenfolge der Redner und stellte Adolph Douai von Texas vor, der in wenigen Sätzen bereits eine solche Teilnahme des Publikums sich zu erwerben wusste, dass fortwährender Jubel und Gelächter seine Rede begleiteten. Nachdem er geschlossen, brauste die Freesoil-Marseillaise mit dem Refrain

Frei Wort, frei Schrift!
Und Erd und Männer frei!
Fremont, mit ihm der Sieg!

durch die weite Halle, und die Herzen der Versammelten klopften der heiligen Freiheitsmelodie, die auch diesseit des Ozeans zur Siegeshymne werden sollte, stürmisch zu.

Jetzt als letzter Redner, Dr. Wisz von Baltimore war durch eine Verzögerung des Bahnzuges verhindert, rechtzeitig zu erscheinen, trat Hecker auf, begrüszt von tausendstimmigem Jubelruf und Hutschwenken. Nach einer kurzen Bemerkung über die Lügenhaftigkeit der demokratischen Presse, die gesagt habe, im Independence Square seien am Abend des 9. Oktobers nur 700 Menschen zugegen gewesen und die Redner hätten zu den Bäumen gesprochen, gab er den Anwesenden den Rat, sich an den Kopf zu greifen, um sich zu überzeugen, dass sie wirklich mit Fleisch und Bein hier seien, und ging dann zur Behandlung seines Themas über.

Er sprach die Meinung aus, dass der Süden sich vom Norden nicht trennen und selbständig als Sonderbund bestehen könne, und als einen der Gründe führte er an, dass ein solcher Sonderbund des Südens, statt die Gefahr seines eigentümlichen Instituts abzuwenden, sie erst heraufführen werde. Keine chinesische Mauer wäre im Stande, den Lauf der subterraneous railroad dann zu hemmen, und im Groszen würde vor sich gehen und offen, was jetzt heimlich und selten geschehe. Auch würde ein von dem reichen Norden getrennter Sonderbund in Ohnmacht versinken unter fremden Anmaszungen und fremdem Einflusse. Er schloss mit den Worten: Das Drohen mit Auflösung der Union, das Drohen mit Sonderbündelei ist nur das Geschrei weniger Wahnsinnigen. Die Union wird bestehen trotz ihnen und gegen sie. Opfert die Freiheit nicht solchen Drohungen, die Freiheit und die Einheit sei die Inschrift unserer Fahne und die Banner sollen tragen *Fremont und Dayton.*

Lange dauerte es, ehe die Aufregung, die dieser Rede folgte, sich legte, und es war nahezu elf Uhr als Präsident Wesendonck die Versammlung für geschlossen erklärte und sie aufforderte, neun Hochs auf Colonel Fremont und drei für die Redner des Abends auszubringen, welcher Aufforderung mit voller Kraft der Lungen entsprochen wurde.

Am 13. Oktober hatten auch die deutschen Demokraten eine Massenversammlung in der National-Halle, für die auf Vorschlag des Generalkomitees folgende Beamte ernannt wurden: Präsident: Adam Maag. Vizepräsidenten: Jac. Steiner, Fr. Horstmann, Ch. Meyer, Ch. Göpp, Conr. Dürr, Clem. Waldeier, Peter Schemm, Chas. Wilhelm, Christian Klein, Gottlieb Gans, Fidel Fischer, J. C. Hoffman, Chas. Brown, Stephan S. Remak, Louis Poh, F. Gentner, E. L. Kallenberg, Jac. Opperman, F. W. Binder, Fr. Hermann, John Horst, Franz Clay, Michael Ehret, Peter Recktenwald, John Weisz, Joseph Geisz, Joseph Schneider, J. M. Schlecht, J. Hülsemann, Dom. Schröder, G. M. Sachsenheimer, Fr. Maag, Jacob Rossel, J. L. DeKalb, Gust. Lembert, Ad. Schlindwein, Stephan Joseph, Georg Ertel, J. Chan, W. Candidus, John Batzig, Caspar Schödler, Phil. Becker. Sekretäre: Bernh. Sprungk, Otto Maasz, Dr. F. Mierson, Fr. Fuchs, C. M. Ising, G. H. Althoff, J. C. Slemmer, A. Lautenbach, A. Schimpff, Jos. Steppacher.

Die Redner bei der Versammlung waren J. Fickler aus New York, John Van Buren und Christian Kribben von Missouri. Die vom Generalkomitee unterbreiteten und angenommenen Beschlüsse lauteten:

Beschlossen, dass wir für die wahre Freiheit, für unsre Rechte, wie für die unsrer verblendeten Brüder einstehen wollen, und deshalb an den demokratischen Grundsätzen festhalten.

Beschlossen, dass wir unsre Brüder nochmals dringend auffordern, sich um uns zu scharen, ihren Irrtum zu erkennen und als Männer zu uns zu kommen; wir wollen sie als Brüder empfangen.

Beschlossen, dass wir morgen mit ganzer Seele und mit ganzem Herzen, persönlich und mit unsren Mitbürgern mit allen gesetzlichen Mitteln dahin streben werden, der Wahrheit, dem Recht und der

Freiheit, durch eine grosze Majorität für das demokratische Ticket, zum Siege zu verhelfen.

Beschlossen, dass wir den fremden Rednern, die unsre Meeting beehrten, unsern herzlichen Dank hiermit ausdrücken.

In diesen Beschlüssen sind weder die Grundsätze der demokratischen Partei, noch Gründe angegeben, welche die verblendeten Brüder hätten veranlassen können, sich ihr anzuschlieszen. Dennoch gelang es den Demokraten am 14. Oktober, sowohl in Phiadelphia wie im Staate, den Sieg zu erringen.

In einer am 27. September in Germantown gehaltenen Versammlung suchte Wesendonck auszuführen, dass das Prinzip der Volkssouveränität in Kansas nicht anerkannt sei. Da diese Versammlung gestört wurde, so veröffentlichte er in der Freien Presse folgende Aufforderung: „Ich fordere heute die deutschen Demokraten wiederholt auf, die Frage, ob die Bewohner von Kansas das Recht haben, über Zulassung oder Ausschlieszung der Sklaverei zu bestimmen, so lange Kansas nicht in die Union aufgenommen ist, oder jede andere, die Präsidentenwahl betreffende Frage, öffentlich mit mir zu diskutieren. Beide Teile mögen einen Moderator, und die beiden Moderatoren einen Obmann bestimmen, welche die Bedingungen der Diskussion zu vereinbaren und diese selbst zu leiten haben."

Darauf erhielt Wesendonck folgende Zuschrift vom 3. Oktober: „Die Unterzeichneten erklären in Folge Ihrer Aufforderung in der Freien Presse vom 2. Oktober, dass jeder Einzelne derselben nach Ihrer Wahl bereit ist, mit Ihnen über alle die Präsidentenwahl betreffende Fragen öffentlich zu diskutieren. Ergebenst Dr. Morwitz, Dr. G. Kellner, J. Hein, Otto Maasz, Julius Wolff."

Wesendoncks Antwort an Dr. Morwitz am 4. Oktober lautete: „In Erwiderung des von Ihnen u. A. unterzeichneten Schreibens vom gestrigen Tage, erkläre ich mich bereit, alle die Präsidentenwahl betreffenden Fragen öffentlich mit Ihnen zu diskutieren. Herr Nikolaus Schmitt, 102 Callowhill Str. und 34 Nord 9. Str., hat es übernommen, mit dem von Ihnen zu ernennenden Moderator, nötigenfalls unter Zuziehung eines von beiden Moderatoren zu ernennenden Obmanns die Bedingungen der Diskussion festzustellen und diese selbst zu leiten."

Der Saal der Arbeiterhalle in der Dritten Strasze war am Abend des 16. Oktobers in allen Räumen besetzt von Republikanern und Demokraten, die Zeugen sein wollten bei der politischen Diskussion zwischen Wesendonck und Morwitz über die Frage: Für welchen Präsidentschaftskandidaten sollen die Deutschen stimmen? Die Versammlung wurde um acht Uhr durch J. Hein zur Ordnung gerufen, der folgende Regeln für die Diskussion, nach gegenseitigem Uebereinkommen der Moderatoren, bekannt machte: Die Debatte dauert von acht bis elf Uhr, Herr Wesendonck eröffnet, Dr. Morwitz beschlieszt dieselbe, jedem Redner sind zwanzig Minuten bewilligt, alle Zeichen des Beifalls oder Missfallens sind untersagt.

Bei der Diskussion handelte es sich hauptsächlich um das Missouri-Kompromiss und dessen Widerruf. Als Wesendonck behauptete, Buchanan sei der Vertreter jener Partei, welche die Aufhebung

des Missouri-Kompromisses billige, und dass daher die Deutschen gegen ihn stimmen mussten, wurde er durch wüsten Lärm und Hurras für Buck unterbrochen. Als bei Wesendoncks zweitem Auftreten dies abermals geschah, erklärte er, zugleich im Namen seines Gegners, dass die Debatte geschlossen würde, wenn nicht Ruhe bliebe. Im Fortgang der Debatte wurde Fremont von Morwitz der Unehrlichkeit beschuldigt, er sei verurteilt worden wegen Meuterei und Unterschleif, worauf Wesendonck entgegnete, dass solche Anklagen ihm vorher hätten mitgeteilt werden müssen, wenn man ihn zur Widerlegung derselben auffordere; mit solchen Ueberraschungen solle man nicht kommen. Hier ward der Lärm wahrhaft höllisch, bis Wesendonck abtrat und Morwitz unter begeisterten Hurras seiner Gläubigen aufsprang und rief: „Ich behaupte doch, ich kann jene Anklage beweisen, sie ist keine Verleumdung, hier habe ich den Beweis in der Hand, aber da mein Gegner nicht darauf eingehen will, so sei er vernichtet", worauf er das Dokument zerriss.

Damit war die Diskussion zu Ende, denn was Morwitz noch sagte, artete in blosze Persönlichkeiten gegen Schmitt und Wesendonck aus. Eine Erklärung, die letzterer noch versuchte, ging verloren in dem wütenden Gebrüll der Sieg- und Morwitz-begeisterten Demokraten, und so blieb nichts übrig als Rückzug, während die Debatte als abgebrochen erklärt wurde.

Die obige Schilderung beruht auf den Angaben der Freien Presse, die wohl nicht ganz unparteiisch sind. So wird im Demokrat behauptet, dass trotzdem dass Beifallsbezeigungen untersagt waren, die Republikaner zuerst ein Hurrageschrei erhoben hätten, als Wesendonck John C. Fremont empfahl, das dann freilich durch drei donnernde Hurras für Buchanan übertäubt wurde. Auch glaubte Morwitz, nachdem er die sieben Anklagen gegen die demokratische Partei, ohne sie vorher gekannt zu haben, widerlegt habe, nun die Besprechung der Persönlichkeit der Kandidaten an der Reihe sei, ohne dass Wesendonck vorherige Kenntnis der Anklagen gegen Fremont beanspruchen könne.

Zur Ergänzung und zum bessern Verständnis der Streitfrage wird jedoch folgender Auszug aus dem Demokrat dienen:

Herr Wesendonck sprach: Im Jahre 1820 sei das Missouri-Kompromiss geschlossen worden. Der Kongress habe nämlich eine Bill passiert, Missouri solle nur unter der Bedingung in die Union aufgenommen werden, dass fortan nördlich von 36 Gr. 30 Minuten die Sklaverei für immer verboten wäre, während südlich von dieser Linie die Territorien mit oder ohne Sklaverei in die Union aufgenommen werden sollten. Da Kansas über dieser Linie liegt, die Kansas-Nebraska-Akte, erlassen im Jahre 1854, dem Volke des Territoriums aber gestattet, selbst zu entscheiden, ob es Sklaverei haben wolle, oder nicht, und somit das Missouri-Kompromiss wieder aufhebe, und da dieser Beschluss durch eine demokratische Majorität geschehen, so richte er folgende Anklagen gegen die demokratische Partei:

1. Die Anklage des Treubruchs, da das Missouri-Kompromiss heilig und unverletzlich gewesen.

2. Er klage die demokratische Partei an, dem ganzen Volke die Souveränität geraubt zu haben, weil dem Kongress als Organ des ganzen Volkes die Souveränität in den Territorien nicht belassen worden.

3. Er klage die demokratische Partei an, dem Volke in den Territorien auch nicht die Squattersouveränität gelassen zu haben, da dieses Volk nicht jeden Augenblick das Recht habe, Sklaverei auszuschlieszen.

4. Er klage die demokratische Partei an, praktisch die Sklaverei in Territorien eingeführt zu haben.

5. Er klage sie an, absichtlich diese Sklaverei eingeführt zu haben.

6. Dazu die Legislatur gefälscht und

7. die Unordnung in Kansas und den Bürgerkrieg hervorgebracht zu haben. — — —

Dr. Morwitz erwiderte darauf: Sein Vorredner habe eine ganze Masse von Anklagen auf ihn als Vertreter der demokratischen Partei gehäuft, ohne sie nur im Entferntesten zu begründen, dennoch wolle er deren Unbegründetheit nachweisen.

Das sogenannte Missouri-Kompromiss sei eine gesetzliche Akte wie alle andern, und wahrhaft lächerlich sei es, deren Aufhebung einen Treubruch zu nennen. Dann sei die Welt voll von Treubrüchen. Wenn es Gesetze geben solle, die nicht aufgehoben werden dürften, so würde man ewig in der alten Barbarei bleiben, deshalb sei die erste Anklage unbegründet. Ferner sei die sogenannte Missouri-Akte durchaus nur zum Vorteil des Nordens gewesen, der das Kompromiss sofort bei jeder Gelegenheit gebrochen und 1850 moralisch vernichtet habe. Damals habe er in Californien, New Mexico und Utah die Ausschlieszung der Sklaverei durchgesetzt, obgleich diese Gebiete sich weit über 36 Grad 30 Minuten südlich erstrecken. Nebenbei bemerkt, hätten Männer wie Jefferson, Madison usw. die Missouri-Kompromiss-Linie (36.30) für unkonstitutionell erklärt, d. h. dem Kongress überhaupt die Befugnis abgesprochen, eine solche Linie zu bestimmen.

Zweitens ist unbegründet, dem Kongress wären nur bestimmte Rechte vom Volke übertragen, in Bezug auf Territorien nur das Recht für dessen Sicherheit und für Sicherheit von Leben und Eigentum darin zu sorgen. Die Souveränität des ganzen Volkes der Vereinigten Staaten ist demselben erhalten, ruht aber bis sie durch die einströmende Bevölkerung des Territoriums übernommen wird.

Die dritte Anklage ist unbegründet. Die Kansas und Nebraska Territorial-Bill ist dieselbe, wie die aller andern Territorien, welche die Squatter-Souveränität bereits praktisch ausgeübt und sich ihre eigene Konstitution gemacht haben, von denen eine Anzahl bereits als Staaten aufgenommen sind.

Die vierte Anklage ist unbegründet, weil die Einführung der wenigen Sklaven, die ins Territorium von Privatleuten gebracht worden, nicht der demokratischen Partei zur Last gelegt werden kann. Deshalb ist auch die fünfte Anklage unbegründet.

Die sechste Anklage ist unbegründet, weil die Ungesetzlichkeit

bei den Wahlen zur Territorial-Legislatur nicht von der demokratischen Partei, sondern von aufeinander eifersüchtigen Landkompanien von Freesoilern und Sklavenhaltern ausgingen. Präsident Pierce hatte absichtlich, um die Anti-Sklaverei-Richtung im Territorium zu stärken, den Freesoiler Reeder zum Gouverneur von Kansas ernannt. Dieser aber erkannte die ungesetzliche Legislatur an so lange sie auf dem von ihm gekauften Lande in Lawrence City sitzen wollte, damit sein Land wertvoll werde. Als aber die Legislatur es dann für besser fand, den Regierungssitz auf das Land eines andern Spekulanten zu verlegen, da griff Reeder die Gesetzlichkeit dieser Legislatur an, während sich ohne alle Berechtigung eine zweite Legislatur der Freesoiler in Topeka versammelte.

Wenn aber eine politische Partei der Fälschung der Legislatur in Kansas schuldig ist, so ist es die republikanische, und zwar weil sie auf Zulassung von Kansas in die Union mit der Topeka-Konstitution drang, selbst nachdem das von ihnen selbst nach Kansas geschickte Untersuchungskomitee berichtet hatte, dass dieselbe ungesetzlich wäre.

Die siebente Anklage ist unbegründet, weil die Unordnungen und Gewalttätigkeiten in Kansas das Werk Einzelner waren. Wenn aber eine Partei daran schuld sein soll, so ist es einzig und allein die republikanische, weil sie im Repräsentanten-Hause sich weigerte, die vom demokratischen Senate angenommene Bill des Senators Toombs zu passieren, welche die Aufnahme von Kansas in die Union schon im November dieses Jahres bestimmt unter einer Konstitution, welche die Bewohner sich selbst machen sollten, und weil sie ferner die Bewilligungen für die Armee verweigerte, und so der Regierung die Mittel nehmen wollte, den Frieden in Kansas herzustellen und aufrecht zu erhalten. —

Nach der Behauptung des Demokrat endete die „Diskussion, von welcher einige eingebildete Gecken erwartet, darin durch ihre kenntnislosen unbegründeten Phrasen ganze Legionen für ihren Aberwitz umstimmen zu können, mit der totalen Blamage und dem Verschwinden des Vertreters dieser deutsch-republikanischen nichtswisserischen Clique."

Man könnte fast annehmen, der Hauptredakteur des Philadelphia Demokrat, nebst seinen Kollegen, hielte sich für einsichtsvoller und überzeugungstreuer als seine früheren Gesinnungs- und Kampfgenossen, die mit nur sehr wenigen Ausnahmen sich der republikanischen Partei angeschlossen hatten. Doch selbst dann wäre es nicht zu rechtfertigen, sie als aberwitzige, einer nichtswisserischen Clique angehörende, eingebildete Gecken zu bezeichnen.

Für die Präsidentenwahl erwarteten die deutschen Republikaner ein reines Fremont-Ticket. Statt dessen hatte am 17. Oktober das republikanische Staats-Exekutivkomitee, wie schon bei der Staatswahl, ein gemeinschaftliches, sogenanntes Unionticket aufgestellt, mit Fremont oder Fillmore an der Spitze, das auszerdem noch sechsundzwanzig andere Namen enthielt. Siegte dasselbe, so sollten die Elektoren ihre Stimmen zwischen jenen zwei Kandidaten in Verhältnis der für sie abgegebenen Wahlzettel verteilen. Auf diesem

Unionticket befand sich als einer der Elektoren auch G. Seidenstickers Name, was er jedoch als gegen seine Ueberzeugung ablehnte.

In einer republikanischen Versammlung in der Arbeiterhalle am 18. Oktober berichtete Wesendonck darüber, dass in der Delegatensitzung die Aufstellung eines rein republikanischen Fremont-Elektoraltickets nicht beliebt worden sei. Vielmehr hätten sich die Republikaner mit einem Teile der Fillmore-Knownothings zu einem Fusionsticket vereinigt, und es würden somit am 4. November im Staate Pennsylvanien drei Tickets erscheinen, ein Fusion-Fremont-Fillmore-Ticket, ein reines Fillmore- und ein reines Buchanan-Ticket. Fremont sei somit am schlechtesten weggekommen, und überall, soweit er gehört, hatten sich die Republikaner entschieden gegen diese Vereinigung mit den den Deutschen in jeder Beziehung feindlichen Fillmore-Knownothings ausgesprochen. Er seinerseits werde für dieses Fusionsticket nicht stimmen, sondern sich, wenn kein anderes Fremont-Ticket im Felde sei, lieber des Stimmens ganz enthalten. An der über die Frage, was unter diesen Umständen das ratsamste sei, entstehenden Debatte beteiligten sich Arnold, Göpp, Rapp, Wesendonck, Reimer, Weik, Dr. Hering, Seidensticker, Pösche und Hilbig. Sämtliche Redner, mit Ausnahme H. Reimers, sprachen den Entschluss aus für das ihnen aufgezwängte Fusions- oder, wie es genannt wurde, Konfusions-Ticket nicht zu stimmen. Es wurde endlich ein Komitee ernannt, das einen durch die englische und deutsche Presse zu veröffentlichenden Protest abfassen und gleichzeitig diskretionäre Gewalt haben sollte, unter Zuziehung achtbarer englischamerikanischer Mitbürger ein reines Fremont-Ticket aufzustellen. Dieses Komitee erliesz denn auch folgende „Protestation der deutschen Republikaner Philadelphias."

An das Volk Pennsylvaniens.

Wir die unterzeichneten Republikaner sehen uns veranlasst, gegen das von dem exekutiven Staatskomitee der republikanischen Partei angenommene Elektoral-Ticket auf das Entschiedenste zu protestieren.

Wir haben uns an dem Wahlkampf nur beteiligt, um den republikanischen Prinzipien, insbesondere demjenigen, dass die Freiheit national, die Sklaverei sektionell ist, und dass letztere daher auf bisher freies Territorium nicht ausgedehnt werden dürfe, den Sieg zu verschaffen, und anerkennen unter den drei Präsidentschaftskandidaten keinen andern Vertreter dieser Grundsätze, als John C. Fremont.

Das republikanische exekutive Staatskomitee hat unseres Erachtens diesen Kandidaten verlassen.

Es hat den beiden entschiedenen Elektoral-Tickets für Buchanan und Fillmore ein drittes gemischtes, nur in einem unbestimmten Verhältnis verpflichtendes Elektoral-Ticket für Fremont entgegengesetzt, ein Fusionsticket demjenigen ähnlich, welches bei der letzten Staatswahl am 14. Oktober von den Anhängern Fillmores verraten worden ist.

Es mutet uns zu, unsern Kandidaten, wenigstens zum Teil, einem Gegner zu opfern, der sich als den entschiedensten Wider-

sacher unserer Grundsätze und den bittersten Feind Fremonts bewiesen hat, einer Partei, die im Bewusstsein ihrer eigenen Schwäche kein Mittel unversucht gelassen hat, unsre Prinzipien und unsern Kandidaten zu verdächtigen und zu verdrängen.

Es hat dies getan den kompakten Massen von Buchananiten und Fillmoriten gegenüber, ohne die mindeste Aussicht auf Erfolg, und so den wahren Freunden Fremonts die Möglichkeit genommen, ein Ticket zu erwählen, welches unsern Wahlspruch: freier Boden und gleiches Recht, vollständig vertritt.

Wir können es daher mit unserm Gewissen nicht vereinigen, für das uns vorgeschlagene Fusionsticket zu stimmen, und fordern vielmehr alle Freunde der Freiheit auf, ein unverfälschtes Fremont-Ticket aufzustellen, welches uns vor der Alternative bewahrt, entweder ein bloszes Stimmwerkzeug von Intriganten zu sein oder unserm Stimmrecht zu entsagen.

Hundert Männer haben uns beauftragt, diesen Protest zu zeichnen; wollen nicht dreimal hundert tausend diesen Auftrag bestätigen?

Philadelphia, 18. Oktober 1856.

Dr. G. Seidensticker, Dr. C. Hering, H. Wesendonck,
I. Kohler, R. Hilbig, Charles Göpp, F. Arnold, John Weik.

Dieser Protest der deutschen republikanischen Bürger wurde von ihren englischredenden Gesinnungsgenossen mit groszer Befriedigung aufgenommen und es trat sofort ein Komitee zusammen, das ein neues reines Fremont-Ticket aufstellte und in einer Ansprache „An das Volk Pennsylvaniens" empfahl. Der Anfang dieser Ansprache stimmte mit dem des Protestes überein, schloss dann aber folgendermaszen:

Es (das Exekutivkomitee) hat auf diese Weise nicht nur in dem gegenwärtigen Wahlkampfe den Feinden das Feld eingeräumt, sondern auch die Zukunft der republikanischen Partei kompromittiert.

Eine Anzahl aufrichtiger Republikaner hat sich daher entschlossen, ihren Mitbürgern das obige reine republikanische Elektoral-Ticket vorzuschlagen und hoffen zu der Gesinnungstreue des ganzen Volkes, dass dasselbe, die Unfähigkeit oder Treulosigkeit seiner republikanischen Führer erkennend, sich einer Bewegung anschlieszen wird, die nur das eine Ziel im Auge hat: Freier Boden und freies Recht.

Auch ohne die gewöhnlichen Parteihülfsmittel rechnen dieselben darauf, dass der Patriotismus der Republikaner durch den ganzen Staat dem obigen Ticket die möglich gröszte Verbreitung geben wird, und ersuchen alle Freunde der Freiheit am 4. November d. J. das vorgeschlagene reine republikanische Ticket für Fremont und Dayton zu stimmen und kein anderes.

Philadelphia, 21. Oktober 1856.

In einer Versammlung republikanischer Bürger, welche gegen alle Fusion sind, wurde das obige Elektoral-Ticket angenommen.

Geo. H. Earle. H. Wesendonck. Wordale G. McAllister.
Publikations-Komitee.

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass das reine Fremont-Ticket selbst unter den Deutschen keine allgemeine Zustimmung fand. Der deutsche republikanische Zentralklub von Pittsburg erliesz sogar einen an die deutschen Republikaner von West-Pennsylvanien gerichteten Protest, in dem er das Unionticket mit Fremont an der Spitze befürwortete, ebenso wie die Freie Presse, die es am 27. Oktober wieder veröffentlichte. Es war mit dem reinen Fremont-Ticket zu Ende, da eine übergrosze Mehrzahl der Republikaner sich unterwarf und bei dem Unionticket mit Fremont an der Spitze beharrte, als dem einzigen, wodurch Fremont wenigstens einen Teil der pennsylvanischen Elektoralstimmen gewinnen konnte. In diesem Sinne erklärten dann auch in einer am 25. Oktober in der Columbia-Halle gehaltenen Massenversammlung Wesendonck, Rapp, Douai, Dr. Kopp aus Boston und Göpp, dass sie, nachdem das reine Fremont-Ticket gescheitert sei, nun das Fremont-Unionticket stimmen würden, und befürworteten es, ebenso wie Schmitt, Arnold, Rockey, Mahlke, Mundt und andere, in den noch vor der Wahl in verschiedenen Stadtteilen gehaltenen Versammlungen.

Am 1. November hatten die deutschen Republikaner noch einmal eine Massenversammlung unter dem Vorsitze von N. Schmitt, in der Arnold, Douai und Gillingham in deutscher, Jackson und Göpp in englischer Sprache Reden hielten, und Rosenheim folgende, einstimmig angenommene Beschlüsse vorlas:

In Anbetracht, dass in dem jetzigen Wahlkampfe nur *eine* Frage obschwebt, nämlich: ob die Interessen der Sklavereipropaganda oder eine auf allgemeine Menschenrechte gegründete und dem Zeitgeist entsprechende Politik künftig der Leitfaden unserer Federal-Regierung sei; ob die unermesslichen öffentlichen Territorien dem Fluche der Sklaverei oder dem Segen der freien Arbeit eröffnet werden sollen, und zunächst also: ob Kansas der Schreckensregierung der Grenzstrolche und den Krallen der Sklavenzüchter entrissen werden soll;

Beschlieszen wir, die deutschen republikanischen Bürger Philadelphias, dass zwischen Freiheit auf der einen und Knechtschaft auf der andern Seite jedem deutschen Ehrenmann die Wahl leicht und natürlich, und dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, unsre Stimme entscheidend in die Wagschale der Menschlichkeit und der Zivilisation zu werfen;

Beschlieszen ferner, dass wir in unsern Bannerträgern, John Charles Fremont und William L. Dayton, Männer erkennen, welche die Kraft, die Fähigkeit, den Mut und den Willen besitzen, das Ruder des Staates getreu den Prinzipien der Konstitution zu lenken; und dass ihre Administration zu derjenigen des groszen Andrew Jackson ein glänzendes Seitenstück bilden wird;

Beschlieszen endlich, dass wir unbekümmert der unwichtigen Seitenfragen, durch welche unsre Gegner die Freunde der Freiheit zu beirren sich bestreben, in dem republikanischen Union-Elektoral-Ticket die einzige und gewisse Aussicht auf die Erwählung unsrer nobeln Kandidaten erblicken und dass unsre Ehre, unsre Pflicht und unser Interesse uns gebieten, dem Siege desselben alle unsre Kraft und Anstrengung zu widmen.

Dieses Fusionsticket, das selbst bei den deutschen Republikanern Anstosz erregte, und der erfolglose Versuch, ein rein republikanisches Ticket aufzustellen, kam den Demokraten sehr gelegen, um die Republikaner als Knownothings hinzustellen. Als Beispiel, wie sie es zu verwerten suchten, möge der folgende am 1. November im Philadelphia Demokrat veröffentlichte Aufruf dienen, der zugleich ihre Kampfweise zeigt.

Deutsche Mitbürger!

Nach dem Siege der Demokratie in unserm Staate am 14. Oktober 1856 enthüllte sich der Verrat der Politikercliquen, in deren korumpierende Umarmung diejenigen deutschen Stimmberechtigten des Staates Pennsylvanien geraten waren, welche in ihrem Hasse gegen das Uebel der Sklaverei, und in täuschungsvoller Furcht vor der Ausdehnung derselben in den Staaten und Territorien der Union, sich der neuerstandenen republikanischen Partei angeschlossen hatten. Dieser Verrat liegt in der Vereinigung der Fillmore- und Fremont-Parteien, das ist in der Verschmelzung der seither nach auszen getrennt gehaltenen Parteien der Knownothings und Sklavereimänner mit den Republikanern, welche letztere dadurch ihre Heuchlerreihen insbesondere mit deutschen Männern vergröszerten, dass sie, den Knownothingismus verhüllend, als erbitterte Feinde der Sklaverei und insbesondere ihrer Ausdehnung, den Heiligenschein des hohen Humanismus um sich strahlen lieszen.

Als der Verrat, durch den Tag der Wahrheit erhellt, vor den Augen selbst der Verblendetsten lag, wandten sich diejenigen Deutschen, welche in redlicher Absicht und nur aus Irrtum in seine Netze gegangen waren, ab von ihnen.

Aber ihre Reue, ihr ehrenhaftes Erkennen ihrer Täuschung währte nur kurze Zeit, sie hatten sich als Feinde der demokratischen Partei zu weit verführen lassen, sie hatten in Uebereilung eine böse Tat getan, und da es der Fluch der bösen Tat ist, dass sie fortzeugend Böses muss gebähren, so traten sie aufs neue in die Reihen des Verrats. Das reine Fremont-Ticket ist offiziell aufgegeben und die Führer der Deutschen der republikanischen Partei, sowie der deutschen Presse derselben haben sich für das Fusionsticket erklärt. So steht ein Teil der deutschen Stimmberechtigten Pennsylvaniens im Begriff ihren Namen mit Schande zu bedecken, indem sie sich zu willenlosen Werkzeugen derjenigen politischen Intriganten gebrauchen lassen, denen die irregeleiteten Massen oder die eigene Anmaszung die Leitung dieser heillosen Mischpartei in die Hände gelegt hat. Angesichts dieser Gefahr, welche dem deutschen Namen und der deutschen Ehre droht, treten wir hervor, um ein ernstes Wort der Mahnung und Warnung unsern deutschen Mitbürgern zuzurufen.

Wir achten grundsätzliche Ueberzeugung und wir glaubten der Aufstellung eines neuen, des „reinen, Fremont-Tickets", von seiten der über ihre falschen verräterischen Bundesgenossen empörten Deutschen unsre Anerkennung nicht versagen zu können, weil wir in dieser Handlung ein Ermannen, eine mutige Vertretung politischer Meinung erkannten; nun aber gibt es kein „reines Fremont-Ticket" mehr und es heiszt Schmach auf den deutschen Namen häu-

fen, wenn sich Deutsche dazu hergeben, Werkzeuge des Verrats an sich und ihren Landsleuten zu werden. Lasst also ab von dem heillosen Beginnen der Unterstützung des Fusions- oder Unionstickets!

Dieses Unionsticket repräsentiert zu neun Zehnteilen den Knownothingismus in seiner Zusammensetzung von Fillmoriten und Johnston-Fremontern, es ist die Fahne des stets wachen und lauernden Nativismus, welcher sich mit seinem Fremdenhasse brüstet, welcher in ihm die Nahrung zur erbittertsten Feindschaft gegen die Demokraten hat und sich nicht scheut, diesen unsinnigen Hass in allen Platformen und Beschlüssen als den Hauptbeweggrund seiner politischen Bestrebungen auszusprechen. Es repräsentiert zur Hälfte, durch die Fillmoriten, die Macht der Sklavenpartei des Südens, deren Vergrößerung der einzige angebliche Titel zum Tadel der Demokratie von seiten der Deutschen ist. Es repräsentiert endlich den politischen Schacher, das Komplott der politischen Höker und Feilscher, denen Grundsätze feil sind wie eine Ware, denen Verrat zur Gewohnheit geworden, so dass sie sich kaum die Mühe geben, ihm das Gewand der Scham umzulegen.

Und diesem dreifach verräterischen Ticket stimmt kein freier deutscher Mann bei. Zu diesem Brandmale der Korruption, wie sie noch nie so offen, so entblößt und so frech sich zu zeigen wagte, zu dieser Vereinigung des Abschaums aus den widerlichsten Parteicliquen, zu diesem schamlosen Betruge, gesellt sich kein Deutscher. Nein, das könnt, das wollt ihr nicht, die ihr euch noch deutsche, freie Männer nennt!

Der grosze Mittelstand, der Stand der Arbeit, diese Säule des bürgerlichen Staates, groszenteils erbaut durch deutsche Kraft, ist es, welcher von dem finstern Geiste des Knownothingismus und der Beschränkung bürgerlicher und religiöser Freiheiten hauptsächlich zu leiden hat. Der gewandte Gelehrte, der reiche Kaufmann, welche sich fast ausschlieszlich in den Kreisen gebildeter Amerikaner bewegen und welche durch ihre Stellung sich Einfluss zu sichern vermögen, fühlen wenig oder nicht den Druck der Dunkelmänner und ihres verdummenden Einflusses und haben ihn nicht zu fürchten. Mag der Nativismus für oder gegen Sklaverei und deren Ausdehnung sein, er ist für die Beschränkung der Rechte der Eingewanderten in den Gebieten der Union und somit drängt er die Einwanderung zurück, das kräftigste Mittel zur allmählichen Beseitigung der Sklaverei. Dagegen ist es die demokratische Partei, welche in ihren unabänderlichen und stets offen bekannten Grundsätzen die Einwanderung beförderte, die Eingewanderten beschützte und ihnen gleiche Berechtigung unter der Konstitution gewährte.

Dieses geben wir euch zu reiflicher Erwägung, und vertrauend auf deutsche Ehrbarkeit, auf eure Einsicht und auf euren Mut, fordern wir euch auf mit einzustimmen in den Ruf: Nieder mit dem Fusionsticket! Hoch die Demokratie!

Unter diesem Aufrufe befanden sich die Namen von 146 Deutschen, unter denen es ohne Zweifel, wie überhaupt unter den Deutschen, viele wackere Männer gab, die aus ehrlicher Ueberzeugung, oder alter Anhänglichkeit, an der demokratischen Partei festhielten,

was sie früher auch wohl verdient hatte. Es ist aber schon anfangs erwähnt worden, dass der Anstosz zur Gründung der republikanischen Partei von jenen nördlichen Demokraten ausging, den Freiboden-Demokraten, die in einigen Staaten die Mehrheit der demokratischen Partei bildeten und die den in der Unabhängigkeitserklärung niedergelegten Grundsätzen und dem freiheitlichen Fortschritte huldigten. Auch waren es diese Demokraten, die in der republikanischen National-Konvention, wie Gustav Körner als Anwesender berichtet, den Ton angaben. Der zurückgebliebene Teil der demokratischen Partei des Nordens war zur Magd der Sklavenhalter des Südens geworden.

Was, aus Mangel an besseren Argumenten, das Geschrei der demokratischen Presse über Nativismus betrifft, so genügt zur Widerlegung, dass die republikanische Partei, nicht minder wie die demokratische, die Gleichberechtigung der Adoptivbürger in ihrer Platform, erstere unter Mitwirkung deutscher Delegaten, anerkannt hatte. Unter den Führern der deutschen Republikaner, die im vorstehenden Aufrufe politische Intriganten und Werkzeuge des Verrats an ihren Landsleuten genannt werden, befanden sich Männer, die schon im alten Vaterlande für die Freiheit gekämpft und gelitten hatten, und die auch hier wieder für den in der Unabhängigkeitserklärung niedergelegten Grundsatz, dass alle Menschen ein unveräuszerliches Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glückseligkeit haben, in ehrlicher, überzeugungstreuer und anständiger Weise kämpften, Männer, deren Vergangenheit sowohl wie ihre spätere Tätigkeit in diesem Lande, zum Teil in hohen verantwortlichen Stellungen, den Deutschen zu groszer Ehre gereichte und ihr Ansehen vermehrte, während unter den demokratischen Führern derartige Männer schwer zu finden waren, wohl aber solche, die ihren früheren Ueberzeugungen untreu wurden. Deshalb wäre der Ruf viel geeigneter: Nieder mit den Helfershelfern der Sklavenhalter! Hoch die wahrhaft demokratische Partei der Republikaner!

Die Wahl am 4. November brachte endlich die Entscheidung. Sie fiel zu Gunsten Buchanans aus, der 174 Elektoralstimmen erhielt gegen 114 für Fremont und 8 für Fillmore. Die demokratischen Majoritäten in Pennsylvanien und Indiana waren jedoch nur gering, und wenn ihre 27 und 13 Stimmen Fremont zugefallen wären, so hätte er den Sieg errungen. Auch so wurde Buchanan nur durch eine Minorität gewählt, denn er erhielt 1,838,169, Fremont 1,341,264 und Fillmore 874,534 Stimmen, so dass diese beiden zusammen eine Mehrheit von 377,629 Stimmen hatten.

In Philadelphia erhielt Buchanan 38,222, Fremont 7,893 und Fillmore (einschlieszlich 12,218 vom Unionticket) 24,084 Stimmen, und in Pennsylvanien Buchanan 230,500, Fremont 147,117 und Fillmore (einschlieszlich 55,891 vom Unionticket) 82,220 Stimmen, wonach Buchanans Majorität über seine beiden Gegner nur 824 Stimmen betrug.

(Hauptquellen: Die Freie Presse, Philadelphia Demokrat, O. Seidenstickers Bilder aus der Deutsch-pennsylvanischen Geschichte

(Der Protest gegen die Sklaverei im Jahre 1688). H. A. Rattermanns Artikel über Karl Follen in der Zeitschrift Americana Germanica. Vol. IV, Nos. 3 und 4, 1902. Memoirs of Gustave Koerner.)

Auch ein Fluch.

Nicht einen Fluch auf Petri Sohn,
Und nicht auf seine Klerisei;
Hoch ragt ein andrer Sündenthron,
Auf den mein Fluch geschleudert sei.
Fluch euch, die ihr das freie Land
An Sklavenhändler habt verhandelt,
Und unser stolzes Staatenband
Zur Sklavenkette umgewandelt!

Fluch dir, entartete Partei,
Die du die Sklavengeiszel schwingst,
Fluch deiner groben Heuchelei,
Und Fluch den Ketten, die du bringst!
Die du Demokratie dich nennst,
Um Freiheit meuchlings zu erschlagen;
So mag ein grinsendes Gespenst
Auch Aphroditens Namen tragen.

Weh uns, einst hat Demokratie
Uns einen Jefferson gezeugt,
Die jetzt vor einem Brooks das Knie
Zu ekelhaftem Grusze beugt.
Zerrissen ist ihr Ruhmeskranz,
Erloschen ihre hellen Lichter;
Bei ihrer Feier führt den Tanz
Der Scherge und der Sklavenzüchter.

Die vordem sich in Nacht gehüllt,
Die Sklaverei, der Menschheit Fluch,
Hier wächst sie grenzenlos und füllt
Das Land mit ihrem Pestgeruch.
Sie bebt nicht mehr verschämt zurück
Scheu vor dem Zeitgeist, dem Gedanken,
Sie rüttelt an der Republik,
Und ruft die Freiheit in die Schranken.

So weit ihr gift'ger Odem geht,
Da wuchert eine gift'ge Saat,
Da krankt des Volkes Majestät,
Da brüstet keck sich der Verrat,
Da sitzt die Feilheit auf dem Thron,
Da fehlt der Edelsinn der Jugend,
Da stempelt sich mit frechem Hohn
Ein Bubenstreich zur Bürgertugend.

Dort hebt sich hoch mit Blut befleckt
Die brudermörderische Hand,
Hier nimmt sie tückisch und versteckt
Ein gleisnerisches Truggewand.
Sie hat der Worte Sinn gefälscht;
Kein Oedipus hätt' es erraten,
Dass sie den Menschenhändler welscht
Zu einem Muster-Demokraten.

Doch trotz geschlossenem Visier
Und trotz erlog'nem Wappenschild
Wir kennen dich, du Kavalier,
Mit Larve und mit falschem Bild.
Wir kennen deine Waffen gut,
Wir kennen deinen schwarzen Rappen,
An deinen Händen auch das Blut,
Und deinen Tross gekaufter Knappen.

Kein Diadem und Bischofshut
Hat knechtisch unser Herz gemacht;
So sei auch nimmermehr Tribut
Dem Götzen Sklaverei gebracht.
Du Spottgeburt von Sünd' und Lug,
Ob du auch giftgeschwollen züngelst,
Halt und zurück! es ist genug,
Dass du das halbe Land umringelst.

Die Zeit ruft dir gebietrisch: Halt!
Die Freiheit und die Republik.
Im Westen ist der Ruf erschallt,
Der Osten donnert ihn zurück.
Das Volk erwacht, es dämmert schon
Der Tag, da deine Herrschaft endet,
Dann steigt die Freiheit auf den Thron,
Den Sklaverei so lang geschändet.

Oswald Seidensticker.

(Freie Presse vom 1. Oktober 1856.)

Beteiligung der deutschen Republikaner Philadelphias an der Präsidentenwahl im Jahre 1860.

Von C. F. Huch.

In Voraussicht der im Jahre 1860 stattfindenden Wahlen, besonders der Präsidentenwahl, reorganisierte sich der im Jahre 1856 in Philadelphia gegründete deutsch-republikanische Klub im Frühling 1859 unter dem Namen deutsch-republikanische Assoziation und begann im Herbst Wardvereine zu gründen. Sie nahm eine Konstitution an, deren erster Paragraph folgendermaszen lautete:

Der Verein bezweckt die kräftige Vertretung der Interessen der deutschen Adoptivbürger und die Aufrechterhaltung der Freiheitsgrundsätze der Unabhängigkeitsurkunde. Gleichberechtigung aller Bürger, Opposition gegen jede nativistische Bestrebung, Widerstand gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei, freie Heimstätten fürs Volk, und Schutz für einheimische Arbeit sind die Prinzipien, für die jedes Mitglied des Vereins sich verpflichtet, mit Wort und Tat zu wirken.

Die halbjährliche Beamtenwahl am 6. Mai 1860 hatte folgendes Ergebnis: Präsident: Peter Fasel. Vizepräsidenten: Chas. Stein, Heinrich Dieffenbach. Schatzmeister: Fr. Loes. Protokollierender Sekretär: Theodor Kell. Korrespondierende Sekretäre: Aug. Brückner, Fr. Reuter. — Ihre Zusammenkünfte hielt die Assoziation bei Engelhard Pabst in der Dritten Strasze unterhalb der Green-Strasze. Neben ihr bestand noch der deutsch-republikanische Zentralklub, der sich in der Arbeiterhalle unterhalb der Green-Strasze versammelte.

Die Oppositionspartei in Pennsylvanien nannte sich Volkspartei (people's party) und nominierte am 23. Februar 1860 Andrew G. Curtin für das Gouverneursamt. Sie erklärte sich gegen die Ausbreitung der Sklaverei und beschloss, die republikanische National-Konvention in Chicago zu beschicken.

Die deutsch-republikanische Assoziation beschloss am 4. März die Handlungsweise der Staats-Konvention zu billigen und für ihre Kandidaten zu wirken. Zu diesem Zwecke hielten die deutschen Republikaner, besonders in April, in vielen Wards Versammlungen, und am 30. April eine zahlreich besuchte Massenversammlung im oberen Saale der Arbeiterhalle. Nach einigen einleitenden Worten des Präsidenten Ignaz Kohler hielt Snyder Leidy eine Rede in englischer Sprache. Es folgten Reden in Deutsch und Englisch von Rauch aus Mauch Chunk (in Pennsylvanischdeutsch), Dieffenbach, Brunner, Richter Kelley, Reuter, Chas. E. Lex, Geo. Coffey und Dr. Seltzer. In den untern Sälen sprachen Göhring, General Small, Carl Schmidt, Reuter und Dittmann.

Am nächsten Tage, dem 1. Mai, siegte die Volkspartei, indem sie ihren Kandidaten Alexander Henry wieder zum Mayor von Philadelphia, sowie alle andern städtischen Beamten erwählte.

In allen Versammlungen der deutschen Republikaner wurde die Wahl Andrew J. Curtins, des Kandidaten der Volkspartei für das Gouverneursamt, befürwortet. Zuletzt noch in der von der deutsch-republikanischen Assoziation und dem deutsch-republikanischen Zentralklub am 6. Oktober veranstalteten Massenversammlung im Wigwam, der an der damals noch unbebauten Ostseite der Sechsten oberhalb der Brown-Strasze errichtet worden war.

Nach Eröffnung der Versammlung stellte der Präsident Dr. Zoller als ersten Redner John Weik vor. In seiner Rede forderte dieser zu kräftiger Unterstützung der republikanischen Partei auf, die zwar noch jung an Jahren, deren Grundsätze aber so alt seien als die Republik der Vereinigten Staaten. Er appellierte an den

angebornen Freiheitsinn der deutschen Nation, deren Glieder hier als Bürger Amerikas die Verpflichtung hätten, in gleicher Weise für die Erhaltung der Freiheitsideen der Gründer dieser Republik zu wirken. Am Schlusse sagte er, es solle jeder, der es mit der Freiheit gut meine, für Lincoln, Hamlin und Curtin stimmen.

Während der Rede war der Klub der deutschen Invincibles mit Musik und Fackeln und einer groszen Anzahl Bürger in den Wigwam eingezogen, wo sie mit Applaus empfangen wurden.

Der zweite Redner war Richter Wm. D. Kelley, während dessen Rede Andrew J. Curtin im Wigwam erschien. Seine Ankunft erregte einen wahren Beifallssturm, und als Kelley ihn als nächsten Gouverneur Pennsylvaniens vorstellte, dankte er mit wenigen Worten. Es sprachen noch Evans von Baltimore, Tzschirner von New York, Göhring und Dittmann, während Breitinger eine Reihe von Beschlüssen vorlegte, welche angenommen wurden.

In der Wahl am 9. Oktober siegte die Volkspartei, da ihr Gouverneurskandidat Curtin eine Majorität von 32,092 Stimmen erhielt, obgleich der demokratische Kandidat Henry D. Foster in Philadelphia eine Mehrheit von 1786 Stimmen hatte.

Die von F. W. Thomas herausgegebene Philadelphia Freie Presse, deren damalige Redakteure Theodor Kell und Karl Rummberg, ein früherer Redakteur des Philadelphia Demokrat, waren, veröffentlichte am 3. August 1860 die folgende Liste deutscher pennsylvanischer Zeitungen und ihre Parteistellung, von denen die mit einem Stern bezeichneten täglich erschienen.

1. Republikanische Zeitungen: *Freie Presse, Philadelphia. Republikanische Flagge, Philadephia. *Freiheitsfreund, Pittsburg. *Courier, Pittsburg. Freie Presse, Erie. Vaterlandswächter, Harrisburg. Morgenstern, Doylestown. Amerikanischer Republikaner, Pottsville. Liberaler Beobachter, Reading. Volksfreund, Lancaster. Volksfreund, Middleburg. Lecha Patriot, Allentown. Libanon Demokrat, Libanon. Union Demokrat, Selinsgrove. Carbon Adler, Mauch Chunk. Beobachter, Easton.

2. Neutrale: *Volksblatt, Pittsburg. Friedensbote, Allentown. Neutralist, Shippacksville. Wahrheitsfreund, Zieglersville. Montgomery Presse, Norristown.

3. Douglas-demokratische: *Republikaner, Pittsburg. *Demokrat, Pittsburg. Schnellpost, Hamburg, Berks Co. Schuylkill Demokrat, Pottsville. Unabhängiger Republikaner, Allentown. Express, Doylestown. Wochenblatt, Honesdale. Unabhängiger Demokrat, Easton. Deutscher Amerikaner, Sunbury. Deutscher Demokrat, Sunbury. York Co. Demokrat, Hanover. Demokratischer Wächter, Wilkes-Barre. Gazette, Hanover.

4. Breckinridge-demokratische: Adler, Reading. Bauernfreund, Pennsburg. Correspondent, Easton.

5. Demokratische Fenzreiter: *Demokrat, Philadelphia. Vereinigte Staaten Zeitung, Philadelphia. Demokrat, Lancaster. Demo-

krat, Johnstown. Jefferson Demokrat, Pottsville. Zuschauer, Erie. Geist der Zeit, Kutztown. Presse, Quäkertown. Anzeiger, Aaronsburg. Gazette, York.

In einer Versammlung der deutschen republikanischen Assoziation am 10. Mai wurden Beschlüsse einstimmig angenommen, die unter anderm sich aussprachen gegen Ausbreitung der Sklaverei und für Erhaltung der Union, sowie für Schutz der einheimischen Industrie, besonders aber gegen jede Verlängerung des Naturalisationstermins und jedwede Beschränkung der Rechte der Adoptivbürger. Die Vertretung dieser Beschlüsse bei der republikanischen National-Konvention in Chicago wurde den Bürgern Peter Fasel und Theodor Kell, den Delegaten für die gleichzeitig dort tagende deutsche republikanische Konvention, dringend empfohlen.

An dieser deutschen Konvention beteiligten sich, auszer zehn bis fünfzehn Delegaten der National-Konvention, noch ungefähr sechzig andere Deutsche aus den meisten nördlichen Staaten. Sie erklärte sich entschieden gegen die Nomination von Kompromisskandidaten und Knownothings und gegen deren Unterstützung bei der Wahl, und fasste mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit am 16. Mai folgende Beschlüsse:

In einer Versammlung von Abgeordneten verschiedener deutscher republikanischer Vereine verschiedener Staaten und von Bürgern überhaupt wurden die folgenden Beschlüsse von einem dazu niedergesetzten Ausschusse eingebracht und angenommen:

Beschlossen, dass die Delegaten zur republikanischen National-Konvention von deutscher Abstammung ersucht werden, das Folgende als den Willensausdruck einer Mehrheit deutscher republikanischer Stimmgeber der Union zu betrachten und mit allen ehrenhaften Mitteln dessen Anerkennung durch die National-Konvention in irgend einer Gestalt zu sichern.

1. Dass wir, während wir fest den Grundsätzen der republikanischen Partei anhängen, wie sie in der Philadelphia Platform von 1856 niedergelegt sind, wünschen, dass dieselben im sklavereifeindlichsten Sinne ausgelegt werden.

2. Dass folgende weitere Grundsätze darin eingeschaltet werden sollten und, soweit sie nicht zeitweilige Fragen betreffen, einen integrierenden Bestandteil des republikanischen Glaubensbekenntnisses hinfort bilden sollen.

3. Dass wir einen vollen und wirksamen Schutz aller Rechte, aller Klassen von Bürgern, ohne Rücksicht auf Abstammung, zu Hause und im Ausland, wünschen; dass unsere Naturalisationsgesetze, da sie von den Vätern der Revolution und Konstitution gegeben worden und im Grundsatz gerecht sind, nicht in dem Sinne geändert werden sollen, dass dadurch die jetzt zur Erlangung des Bürgerrechts und Ausübung des Stimmrechts erforderliche Frist verlängert wird, und dass Staatsgesetzgebungen kein solches Gesetz, welches einen Unterschied zwischen eingeborenen und eingebürgerten Bürgern bei der Ausübung des Wahlrechts macht, wie das sogenannte Massachusetts-Amendement beabsichtigte, erlassen sollen.

4. Dass wir für den schleunigen Erlass einer Heimstättebill durch den Kongress sind, welche die Unionsländereien für Heimstätten des Volks sichert und sie vor der Habsucht der Spekulanten schützt.

5. Dass das Gebiet Kansas, welches jetzt Zulass in die Union unter einer der Form nach republikanischen und den Willen einer ungeheuren Mehrheit des Volks ausdrückenden Verfassung fordert, schleunig und ohne Sklaverei in die Union als souveräner Staat zugelassen werde.

6. Wir verpflichten uns, irgend einen Bewerber um die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft zu unterstützen, welcher auf dieser Platform steht und nicht der republikanischen Partei von 1856 sich entgegenstellt, noch sich mit dem Massachusetts-Amendement identifiziert hat.

W. Kopp, N. Y. Caspar Butz, Ill. F. Schilling, Ill. Th. Kell, Pa. Peter Fasel, Pa. C. Marxhausen, Mich. E. C. Dreyer, Ill. John Bloyek, Mich. M. Darmstetter, Mich. M. Pinner, Miss. A. Thieme, Ohio. H. Ruesz, Ohio. Ph. H. Bender, N. Y. C. Hauszner, Ill. A. Douai, Mass. G. T. Veenfleet, Mich. Dr. W. Wagner, Ill. J. G. Peterson, Mich. Chs. Johnson, Mich. Louis Güttich, Conn. Ph. Schrag, N. J. Julius Standau, Ill. R. Heinisch, N. J. P. Kalkmann, Mass. Chs. Röser, Wisc. A. Kammerling, Mass. A. Hunstock, Mass. Chs. White, Wisc. J. G. Güntler, Wisc. A. Pott, Wisc. W. Stengel, Conn. H. Lindemann, Wisc. C. Dänzer, Mo. Conr. Greiner, Ill. Dr. A. Majer, N. Y. J. Sauerwein, Conn. J. Müller, Ohio. L. Dümpelmann, N. Y. H. Barsch, N. Y. R. Wagner, Minne. A. Becker, Ohio. H. Ramming, Iowa. J. Weydemeyer, Ills. J. Hatterscheidt, Kansas.

Jenes Amendement der Konstitution von Massachusetts, wonach Adoptivbürger erst zwei Jahre nachdem sie das Bürgerrecht erlangt hatten, stimmberechtigt und für Aemter wählbar wurden, verursachte viel Aufregung und Missstimmung unter den Deutschen. Es war der hauptsächlichste Grund für den dritten Satz der obigen Beschlüsse und veranlasste Carl Schurz und Gustav Körner in der National-Konvention auf einem Beschlusse zu bestehen, wodurch nach längerer Debatte die vierzehnte Erklärung der Platform ihre Fassung erhielt.

Die Demokraten beschuldigten die ganze republikanische Partei mit dieser den eingewanderten Bürgern feindlichen Massachusetts-Gesetzgebung. Die radikaleren deutschen Zeitungen rieten den deutschen Republikanern bei der nächsten Wahl für Demokraten zu stimmen. Andere deutsche Zeitungen schlugen vor, eine allgemeine Konvention der deutschen Republikaner zusammenzurufen, um zu entscheiden, was in diesem Falle zu tun sei, und dies war wohl die Veranlassung zu der vorstehend erwähnten Zusammenkunft in Chicago. In Cincinnati beschlossen mehrere Vereine in einer Versammlung unter der Leitung von August Willich, der 1849 an dem Aufstande in Baden und der Pfalz teilgenommen hatte und später als ausgezeichneter General in der Unionsarmee diente, eine Kundge-

bung der Grundsätze der deutschen Republikaner und einen Protest gegen eine Unterscheidung zwischen eingeborenen und eingewanderten Bürgern zu erlassen.

Nach dem Cincinnati Republikaner, dessen Redakteur Willich war, beabsichtigte man, Republikaner sowohl wie Demokraten aufzufordern, ihre alten Parteien zu verlassen und eine neue zu bilden auf Grund allgemeiner Menschenrechte, sozialer Reform und politischer Rechtlichkeit. Die Deutschen, die man einlud, einen solchen Aufruf zu verfassen, waren J. B. Stallo, Carl Schurz, Friedrich Hecker, Adolph Douai von Boston, Rusch von Iowa, Annecke von Chicago, Friedrich Kapp von New York und Gustav Körner. In der Antwort auf den Brief der Cincinnatier Versammlung erklärte der letztere, dass er ohne Besprechung mit den andern Eingeladenen einen solchen Aufruf nicht entwerfen könne, meinte aber, Stallo, als in Cincinnati wohnhaft, möge es tun, um ihn zunächst den dortigen Vereinen und dann den andern dazu Erkorenen zur Begutachtung vorzulegen.

Das ganze Unternehmen blieb jedoch erfolglos, da die meisten der Eingeladenen aus mehr oder minder triftigen Gründen die Beteiligung daran ablehnten, und später durch die oben erwähnte Erklärung der republikanischen Platform die Berechtigung dazu wegfiel. Die grosze Entrüstung der Deutschen über jene Knownothingbewegung in Massachusetts, wie sie sich in sämtlichen deutschen Zeitungen kund gab, hatte jedoch zur Folge, dass die republikanischen Staats-Konventionen der nördlichen Staaten sich entschieden gegen den Geist jenes Amendements erklärten, und so den Demokraten den Wind aus den Segeln nahmen. Ihre Zeitungen lieszen freilich trotzdem nicht nach, die republikanische Partei des Knownothingtums zu beschuldigen.

Am 16. Mai 1860 trat die republikanische National-Konvention in Chicago zusammen. Es waren darin mehrere Sklavenstaaten vertreten und ihre Delegaten waren meistens hochgebildete und angesehene Deutsche. Zu dem zur Entwerfung einer Platform ernannten Komitee gehörten sechs Deutsche, nämlich: Gustav Körner von Illinois, Carl Schurz von Wisconsin, Wm. Otto von Indiana, C. W. Bernays von Missouri, J. Strausz von Texas und J. T. Hatterscheidt von Kansas. Von andern deutschen Delegaten mögen noch erwähnt werden F. Hassaurek, F. Münch und Richter Krekel von Missouri. Die am 17. Mai angenommene Platform lautet:

Beschlossen, dass wir, die beauftragten Vertreter der republikanischen Wähler der Vereinigten Staaten, als Konvention versammelt, in der Erfüllung der Pflicht, die wir unsern Konstituenten und unserm Vaterlande schuldig sind, uns zu folgenden Erklärungen vereinigen:

1. Dass die Geschichte der Nation während der letzten vier Jahre in vollem Masze die Geeignetheit und Notwendigkeit der Organisierung und Forterhaltung der republikanischen Partei festgestellt hat, und dass die Ursachen, welche sie ins Dasein rief, nach

ihrer Natur dauernd sind, und jetzt, mehr als je zuvor, ihren friedlichen und verfassungsmäszigen Triumph verlangen.

2. Dass die Aufrechterhaltung der in der Unabhängigkeitserklärung proklamierten und in der Bundeskonstitution verkörperten Grundsätze (alle Menschen sind frei und gleich geboren und mit unveräuszerlichen Rechten auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlfahrt ausgestattet, zur Sicherung dieser Rechte sind Regierungen eingesetzt, die ihre gerechte Befugnis aus der Einwilligung der Regierten schöpfen), für die Erhaltung unsrer republikanischen Institution wesentlich ist, und dass die Bundesverfassung, die Rechte der Staaten, und die Union der Staaten erhalten werden sollen und müssen.

3. Dass diese Nation ihr beispielloses Wachtstum der Bevölkerung, ihre überraschende Entwicklung materieller Hülfsquellen, ihre rasche Zunahme an Reichtum, ihr Glück im Innern und ihre Ehre auswärts, der Union der Staaten verdankt; dass wir alle Pläne verabscheuen, die auf Trennung der Union hinzielen, gleichviel aus welcher Quelle sie kommen mögen, und dem Lande Glück dazu wünschen, dass kein republikanisches Kongressmitglied Disunionsdrohungen ausgestoszen hat, wie dies so oft von demokratischen Mitgliedern, ohne dass sie getadelt wurden, und unter dem Beifall ihrer politischen Genossen geschehen ist; dass wir ihr Drohen mit Sprengung der Union, im Falle die Volksbewegung ihre Gewalt über den Haufen wirft, als eine Leugnung der Lebens- und Grundbedingungen einer freien Regierung anklagen und als ein Bekenntnis beabsichtigten Verrats, den streng zurückzuweisen und für immer zum Schweigen zu bringen, die gebieterische Pflicht des entrüsteten Volkes ist.

4. Dass die unverletzte Erhaltung der Rechte der Staaten und insonderheit des Rechts jedes Staats, seine eigenen inneren Einrichtungen ausschlieszlich seinem eigenen Urteil gemäsz zu ordnen und zu beherrschen, für jenes Gleichgewicht der Gewalten wesentlich ist, auf welchem die Vollendung und Dauer unsres politischen Gebäudes beruht; und dass wir einen gesetzlosen Einfall mit bewaffneter Hand in das Gebiet irgend eines Staats oder Territoriums, gleichviel unter welchem Vorwand unternommen, als eines der schwersten Verbrechen anklagen.

5. Dass die jetzige demokratische Administration unsre schlimmsten Befürchtungen weit übertroffen hat, indem sie mit maszloser Unterwürfigkeit den Forderungen eines sektionellen Interesses nachkam, wie es sich namentlich kundgab in ihren verzweifelten Anstrengungen, dem protestierenden Volke von Kansas die schmachvolle Lecompton-Konstitution aufzuzwingen, ferner in ihrer Auslegung der persönlichen Beziehungen zwischen Herr und Sklave, dahin zielend, dass in diesem Verhältnis ein völliges und nicht beschränktes Eigentumsrecht auf Menschen liege; ferner in der, mittelst Intervention des Kongresses und der Bundesgerichte, überall, zu Land und Meer, versuchten Realisirung der extremsten Ansprüche eines rein lokalen Interesses, und in ihrem allgemeinen und unaufhörlichen Missbrauch der von dem vertrauenden Volke ihr übertragenen Gewalt.

6. Dass das Volk mit Recht beunruhigt auf die ruchlose Verschwendung blickt, welche in allen Zweigen der Bundesregierung sich geltend macht; dass eine Rückkehr zu strenger Sparsamkeit und Verantwortlichkeit unerlässlich ist, um der systematischen Plünderung des öffentlichen Schatzes durch begünstigte Parteigänger Einhalt zu tun; und dass die neuesten erschreckenden Enthüllungen von Betrügereien in der Bundeshauptstadt beweisen, dass eine vollständige Aenderung der Verwaltung eine gebieterische Notwendigkeit ist.

7. Dass das neue Dogma, dass die Konstitution, kraft ihres eigenen Inhalts, die Sklaverei in jedes und alle Gebiete der Vereinigten Staaten führt, eine gefährliche politische Ketzerei ist, welche gegen die ausdrücklichen Bestimmungen jenes Instruments selbst läuft, gegen die Auslegung der Zeitgenossen, und gegen alle legislative und richterliche Präzedenz; dass es in seiner Tendenz revolutionär ist und den Frieden und die Harmonie des Landes untergräbt.

8. Dass der normale Zustand aller Gebiete der Vereinigten Staaten der der Freiheit ist; dass, da unsre republikanischen Vorfahren, als sie die Sklaverei in dem ganzen Bundesgebiet abgeschafft, verordneten, dass „niemand seines Lebens, seiner Freiheit oder seines Eigentums, ohne gebührendes gerichtliches Verfahren beraubt werden solle", es uns somit zur Pflicht immer gemacht, auf dem Wege der Gesetzgebung, wenn solche Gesetzgebung notwendig sein wird, diese Bestimmung der Konstitution gegen alle Versuche, sie zu verletzen, aufrecht zu erhalten, und wir sprechen dem Kongress, oder einer Territorial-Legislatur, oder irgend einer Person, die Befugnis ab, der Sklaverei in irgend einem Gebiet der Vereinigten Staaten gesetzliche Existenz zu verleihen.

9. Dass wir die unter dem Schutz unsrer Nationalflagge kürzlich eingetretene Wiedereröffnung des afrikanischen Sklavenhandels, die durch korrupte Anwendung richterlicher Gewalt unterstützt wird, als ein Verbrechen gegen die Menschheit, und als eine tiefe Schande für unser Land und unser Zeitalter brandmarken und den Kongress auffordern, rasche und wirksame Maszregeln zur gänzlichen und endgültigen Unterdrückung jenes verabscheuungswürdigen Handels zu treffen.

10. Dass durch die letzten Vetos der demokratischen Bundesgouverneure, gegen die Akte der Legislaturen von Kansas und Nebraska erlassen, welche die Sklaverei in jenen Gebieten verbieten, eine praktische Erläuterung des gerühmten demokratischen Prinzips der Nicht-Intervention und der Volkssouveränität geliefert wird, wie sie in der Nebraska-Kansas-Bill verkörpert ist, und ein Beweis für die Täuschung und den Betrug, die darin enthalten.

11. Dass Kansas von Rechts wegen auf der Stelle als Staat unter der neulich entworfenen und vom Volke angenommenen Konstitution, welche das Haus der Repräsentanten akzeptiert hat, als Staat zugelassen werden sollte.

12. Dass bei der Beschaffung von Einkünften zur Unterhaltung der Bundesregierung vermittelst Einfuhrzölle, die gesunde Staatsweisheit solche Ansätze dieser Auflagen verlangt, dass die Entwick-

lung der industriellen Interessen des ganzen Landes dadurch gefördert wird; und wir empfehlen eine solche Politik des natürlichen Austauschverkehrs, die dem Arbeiter liberalen Lohn, dem Ackerbau lohnende Preise, dem Handwerker und Fabrikanten eine entsprechende Belohnung für ihre Kunst, ihre Arbeit und ihren Unternehmungsgeist und der Nation kommerzielles Gedeihen und Unabhängigkeit sichert.

13. Dass wir gegen jeden Verkauf oder jede Veräuszerung von öffentlichen Ländereien, die von wirklichen Ansiedlern besetzt sind, an andere protestieren, und auf jede Auffassung der freien Heimstättemaszregel, die die Ansiedler als öffentliche Arme, oder als Bettler um öffentliche Almosen betrachtet; und wir verlangen vom Kongress die Annahme der vollständigen und befriedigenden Heimstättemaszregel, welche bereits das Haus passiert hat.

14. Dass die republikanische Partei jeder Aenderung in unsern Naturalisationsgesetzen oder irgendwelcher Staatsgesetzerlassung entgegen ist, durch welche die bisher den Einwanderern aus fremden Landen bewilligten Bürgerschaftsrechte gekürzt oder beeinträchtigt werden sollten; und dass wir dafür sind, den Rechten aller Klassen von Bürgern, seien sie eingeborene oder naturalisierte, vollen und wirksamen Schutz angedeihen zu lassen, sowohl im Inlande wie im Auslande.

15. Dass Verwilligungen von seiten des Kongresses für Hafen- und Flussverbesserungen von nationalem Charakter, welche von den Bedürfnissen und der Sicherheit eines vorhandenen Handels verlangt werden, von der Konstitution autorisiert und durch die Verpflichtung der Regierung gerechtfertigt sind, das Leben und das Eigentum der Bürger zu schützen.

16. Dass eine Eisenbahn nach dem Stillen Ozean von den Interessen des ganzen Landes gebieterisch verlangt wird; dass die Bundesregierung dem Bau derselben sofortige und wirksame Hülfe leiste; und dass als Einleitung dazu eine tägliche Ueberlandspost eingerichtet werden sollte.

17. Nachdem wir so unsre unterscheidenden Grundsätze und Ansichten dargelegt haben, laden wir schlieszlich alle Bürger ein, die im Wesntlichen mit uns in der Bejahung und Unterstützung derselben übereinstimmen, wie verschieden auch ihre Ansichten über andere Fragen sein mögen, mit uns zusammen zu wirken.

Die Konvention vertagte sich am 18. Mai, nachdem sie Abraham Lincoln für das Präsidentenamt und Hannibal Hamlin für das Vizepräsidentenamt nominiert hatte.

Am 2. Juli versammelten sich die deutschen Republikaner in der Arbeiterhalle, um durch Beschlüsse ihre Zustimmung zu den Grundsätzen der Chicago Platform und ihren Entschluss kund zu geben, die von der republikanischen Partei aufgestellten Kandidaten zu unterstützen. Es traten dabei Fr. Reuter, Dr. Wisz aus Baltimore und Ph. White als Redner auf. Einige andere, die man erwartet hatte, waren am Erscheinen verhindert worden, so Carl Schurz in Milwaukee, der im folgenden, an Theo. Kell gerichteten Briefe seine Abwesenheit entschuldigte:

Wertester Freund!

Die freundliche Einladung des deutschen republikanischen Vereins in Philadelphia, bei der Ratifikations-Versammlung am 2. Juli zugegen zu sein, ist in meinen Händen. Geschäfte verschiedener Art verhinderten mich, diesem ehrenvollen Rufe zu folgen, wie sehr ich auch wünsche, zu den Bürgern des Staates zu sprechen, dessen Rolle in der National-Konvention eine so bedeutungsvolle war. Ich freue mich, aus Zeitungen und Privatnachrichten zu ersehen, dass das Resultat der Konvention in Pennsylvanien mit Beifall aufgenommen wurde, während andererseits die republikanische Partei sich dazu Glück wünschen darf, dass die Volkspartei von Pennsylvanien sich mit ihr auf ein gemeinsames Glaubensbekenntnis vereinigt hat, welches alle sondernden Schranken verschwinden lässt. Es hat dem gesunden Sinn des Volkes von Pennsylvanien unmöglich entgehen können, dass es in der gegenwärtigen politischen Krisis ein „Entweder oder" gibt, welches keine Mittelstellungen zulässt.

Was uns Deutsche betrifft, so ist uns die grosze Genugtuung geworden, dass die republikanische Partei durch eine scharfe und bestimmte Definition ihrer Grundsätze alle Eingriffe in unsre bürgerlichen Rechte verdammt und unsre Sicherheit mit gröszerer Entschiedenheit, als es jemals eine politische Partei vor ihr getan, garantiert hat. So ist jedem Vorurteil der Boden unter den Füszen weggezogen und selbst den unberechenbaren Launen haarspaltender Kritiker kaum ein Anhaltspunkt gelassen worden. Nachdem diese Hindernisse hinweggeräumt sind, ist es an den Deutschen, zu beweisen, dass es wahre Liebe zur Freiheit ist, die sie beseelt, und dass es ihnen weder an gutem Willen noch an politischer Einsicht fehlt, um mit den Mitteln, welche die freien Institutionen dieses Landes in ihre Hände gelegt haben, an der Verwirklichung groszer Ideen und der Beförderung des allgemeinen Wohles zu arbeiten.

Ich wünsche Ihren Bestrebungen den besten Erfolg und hoffe, während der nächsten Monate Gelegenheit zu haben, unsere Freunde in Philadelphia persönlich zu sehen.

Mit dem freundschaftlichsten Grusz Ihr Carl Schurz.

Diese Gelegenheit bot sich, als die deutschen Republikaner Schurz zu ihrer groszen Massenversammlung eingeladen hatten. Er wurde am Abend des 17. Septembers von seinen republikanischen Freunden feierlich in Philadelphia empfangen. Zu dem Zwecke hatten sich die Mitglieder der republikanischen Assoziation und des Zentralklubs in ihren Hauptquartieren sehr zahlreich versammelt.

Das Hauptquartier des Zentralklubs, die Arbeiterhalle, war sehr hübsch mit angemessenen Transparenten verziert und über der Strasze wehte die prachtvolle Vereinigte Staaten Flagge mit den Namen A. Lincoln, H. Hamlin, A. Curtin und der übrigen Kandidaten. Die abgebrannten Feuerwerke hatten eine unermessliche Menge Volks herbeigelockt. Das Hauptquartier der Assoziation bei Engelhard Pabst in der Nord-Dritten Strasze, eine kurze Strecke südlich von der Arbeiterhalle, war prachtvoll mit Lämpchen illuminiert und in der Mitte des Hauses war ein groszes Transparent mit der Inschrift:

A. Lincoln. H. Hamlin. A. Curtin.
Willkommen Carl Schurz!

aufgestellt und eine grosze Lincoln-Hamlin-Curtin-Flagge ausgehängt.

Die zahlreiche Kolonne setzte sich von der Arbeiterhalle aus in Bewegung, vorauf die deutschen Invincibles in Uniform und mit brennenden Laternen, 70 bis 80 Mann stark, unter Anführung des Marschalls Angerodt, sodann die Mitglieder des republikanischen Zentralklubs unter Anführung des Hauptmarschalls F. Breitinger und der Marschälle P. Schamel, G. Evan, John Maag, Wm. Bauer und C. Born, und zum Schluss, von dem Turner-Musikkorps begleitet, die Mitglieder der republikanischen Assoziation, der ein Transparent mit der Ueberschrift: „Demokratische Platform", mit vier unbeschriebenen Seiten, vorangetragen wurde. Eine grosze Anzahl von Transparenten und Laternen beleuchteten den Zug, der von dem Hauptmarschall J. Daudt und den Marschällen Fr. Reuter, J. Odenthal, J. Maurer, E. Fritsch und C. Meyer angeführt wurde.

Der Zug bewegte sich durch die Dritte, Noble-, Vierte und Callowhill-Strasze zum Hause des Dr. Tiedemann in der Fünften Strasze. Dort angekommen, machte die zahlreiche Kolonne Halt und das Empfangskomitee, bestehend aus dem Dr. G. Seidensticker, dem Präsidenten des Zentralklubs, und A. Brückner, F. Rocker und Dr. Zoller, verfügte sich in die Wohnung und bekillkommnete Schurz im Namen der deutschen Republikaner in Philadelphia, wobei Seidensticker eine herzliche Anrede hielt. Schurz schloss sich dann dem Zuge an und wurde in festlicher Prozession durch die Green- und Sechste Strasze nach dem republikanischen Wigwam geführt, der bereits ziemlich besetzt war.

Die Versammlung hatte sich dort schon durch die Wahl folgender Beamten organisiert: Präsident: Ignaz Kohler. Vizepräsidenten: Dr. G. Seidensticker, L. Habicht, Dr. Tiedemann, Chas. Stein, Chas. Dümmig, F. W. Thomas, John Schäfer, C. F. Elwert, Dr. Hering, Dr. Oswald Seidensticker, J. Weik, Louis Haugg, Sigm. Rutschmann, Professor Angile, Friedr. Dittmann, J. Koch, Geo. Siegmann, Fr. Kühn, Fr. Meyer, John Dörr, Pet. Rodenbusch, Fr. Reuter, Karl Zimmermann, Christ. Göhring. Sekretäre: J. Wickleff, Friedr. Münch, J. Maurer, Louis Heck, C. Fritsch, Karl Soistmann, M. Kohler, Ant. Dollscheck, C. Meyer, Heinr. Baumgarten, C. Schmidt, Fr. Breitinger.

Nachdem Kohler für die ihm erwiesene Ehre, als nicht seiner Person, sondern dem von ihm vertretenen Prinzip der Freiheit geltend, gedankt, sprach er wenige Worte über die Fortschritte, die die republikanische Partei in den letzten Jahren gemacht und die uns den Sieg verbürgen. Er stellte dann Chas. Göpp aus Easton der Versammlung vor. Dieser schilderte unter vielem Beifall die Entstehung einer republikanischen Partei in seinem Wohnorte, dem ehemals fast ganz demokratischen Northampton County und ihr Wachstum.

Seine Rede wurde durch den Eintritt des Zuges unterbrochen und als der dadurch entstandene Lärm sich wieder beruhigt, schloss

er kurz, um das Wort an den inzwischen auf der Platform angelangten Bürger Schurz abzutreten, der von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüszt wurde. Er sprach ungefähr wie folgt:

Meine Herren und Damen! Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang, den Sie mir bereitet haben. Wir kämpfen alle zusammen für ein groszes Prinzip. Ich werde versuchen, Ihnen in einfacher Weise darzulegen, um was es sich in dem gegenwärtigen Wahlkampfe handelt. Erwarten Sie nicht, von mir brillante Redensarten oder Witze zu hören. Werfen Sie Ihren Blick über die Union, so werden Sie bemerken, dass zwei verschiedene grosze Systeme mit einander im Streite liegen, das System der freien Arbeit des Nordens und das der Sklavenarbeit im Süden. Der Süden hält das letztere System für recht und für vorteilhaft, er hat deshalb das ganz natürliche Bestreben, um seinen Wohlstand zu mehren und gleichzeitig an politischer Macht zu gewinnen, dieses System über die Territorien zu verbreiten.

Der Norden, dessen Existenz auf die freie Arbeit gegründet ist, namentlich der Nordwesten hat das ebenso natürliche Bestreben, *seinen* Wohlstand zu entwickeln, und dies kann er am besten durch die Entwicklung seiner Nachbarn, das ist, was ich die *Harmonie der Arbeit* nennen möchte. Die östlichen Staaten sind dadurch grosz geworden, dass die westlichen Staaten besiedelt wurden. Ein Gleiches ist in den Territorien der Fall. Das System, was am schnellsten die Wildnis kultiviert, ist dem westlichen Ansiedler das vorteilhafteste. Die Sklavenarbeit hingegen ist ihm feindlich, weil sie die Entwicklung zurückhält.

Der Süden, um seine entgegengesetzte Interessen zu fördern, brach alle Schranken nieder, die sein System aus den Territorien fern hielten, so die Ordinanz von 1787 und das Missouri-Kompromiss, ja er sucht jetzt sogar durch entgegengesetzte Legislation die Einführung seines Instituts zu schützen. Deshalb ist der Süden der fortwährende *Gegner der Heimstättebill* und des *Schutztarifs*.

Ich freue mich zu sehen, dass auch im Osten die Heimstättebill so viel begeisterte Anhänger und Verteidiger findet. Das Ackerbausystem des Südens ist dem des Adels in Europa ähnlich: Der grosze Grundbesitz des Adels frisst, gleichwie der Haifisch die kleinen Fische verschlingt, die kleinen Grundbesitzer auf.

Der Sklavenhalter muss Korn für seine Schweine, Schweine für seine Sklaven und Sklaven für seine Kinder ziehen. Er muss daher grosze Farmen haben und die Heimstättebill mit ihren kleinen Farmen schlieszt den groszen Landbesitz aus. Darum sind die Sklavenhalter die natürlichen Gegner der Heimstättebill.

Der Redner widerlegt einen vielverbreiteten Irrtum, als ob das Interesse der Industrie und des Handels dem des Ackerbaues entgegenstehe. Je näher sich Produzenten und Konsumenten gebracht werden, desto besser für beide.

Der Süden kann nur wenig Industrie und Handel haben, weil Intelligenz zum Gedeihen der Arbeit gehört und nur der die Arbeit schätzen kann, der selbst die Arbeit tut. Der Arbeiter muss denken,

aber für den Süden ist es gefährlich, wenn der Sklave denkt, denn wer denkt, strebt nach Freiheit, wer nicht denkt, wird stets Sklave bleiben. Im Süden herrscht daher nur das einseitige Pflanzerinteresse vor und Handel und Industrie verkümmern.

Nicht also im Widerstreit der Prinzipien allein, sondern im Widerstreit der Interessen besteht der irrepressible Konflikt, der unabweisbare Kampf. Es ist auch ein Kampf des Geldbeutels. Die beiden groszen Parteien, denn es gibt im Grunde nur zwei, stehen sich auf beiden Seiten dieser Linie gegenüber, da gibt es zwar noch eine dritte Partei, allein diese ist eigentlich keine Partei, denn sie hat keine Prinzipien und will den irrepressibeln Konflikt ignorieren. Sie ist die alte Gentlemen-Partei, die *nichts* tun will. Allerdings die leichtest mögliche Art von Arbeit, wenn man nichts tut.

Es gibt also, wie gesagt, blosz die demokratische und die republikanische Partei. Letztere ist naturgemäsz *für*, die erstere naturgemäsz *gegen* die Heimstättebill und den Tarif. Der demokratische Senator Douglas hat zwar neulich, wie ich höre, in Harrisburg sehr warm für den Schutzzoll gesprochen, aber er ist jetzt Präsidentschaftskandidat, und es ist bekannt, wie wunderbar schnell politische Kandidaten ihre Ansichten wechseln. Die Demokratie hat nie und wird nie einen Tarif geben. Der Schwerpunkt der Macht liegt im Süden und deshalb diktiert der Süden die Politik der demokratischen Partei. Verspricht daher die demokratische Partei einen Tarif, so gibt sie ein Versprechen, von dem sie weisz, dass sie es nicht halten kann.

Der Redner ging sodann auf eine Besprechung des Prinzips der Volkssouveränität über. Die Territorien sollen frei sein. Der *einfachste* Weg, dies zu bewirken, ist der von Jefferson eingeschlagene, man verbietet die Einführung der Sklaverei, wie es in der Ordinanz von 1787 geschehen. Douglas will einen andern Weg zu demselben Ziele einschlagen. Er sagt, man müsse die Sklaverei in die Territorien einlassen, damit das Volk sie wieder hinauswerfen könne. Gèrade so als wenn ein Doktor jemand erst der Ansteckung aussetzen wollte, um ihm dann helfen zu können. Kansas wird frei werden, aber nicht *durch*, sondern *trotz* der Nebraskabill. Gerade wie die Kolonien nicht frei wurden durch, sondern trotz Georg dem Dritten.

Der Redner verlas die bekannte Stelle aus einer Rede des Senator Douglas, in welcher er sich rühmt, dass seine Squattersouveränität dem Süden ein groszes neues Territorium gegeben, fünfmal so grosz als der Staat New York. Er lese Douglas' *eigene* Worte vor, weil die Demokraten sonst, um etwas zu widerlegen, sich gewöhnlich damit begnügten, einfach zu sagen, es sei nicht wahr.

Zwischen Douglas und Breckinridge ist kein groszer Unterschied, auszer dem, dass Breckinridge sagt, was er will, und Douglas es tut; dass Breckinridge für Sklaverei und Douglas gegen die Freiheit ist. Die republikanische Partei dagegen ist eine Antisklavereipartei und eine Partei der freien Arbeit.

Der gewöhnliche Einwurf gegen die republikanische Partei ist

einer, der so einfältig ist, dass er sich nur an die Dummheit wenden kann. Die Republikaner, heiszt es, wollen die Sklaven gewaltsam frei machen. Ich begreife, wie jemand so unverschämt sein kann, eine solche Behauptung aufzustellen, aber ich begreife nicht, wie jemand so dumm sein kann, sie zu glauben!

Vergleichen wir nun die beiden Platformen miteinander. Auf der republikanischen Platform steht: Freie Arbeit! Heimstättebill! Schutzzoll! Auf der demokratischen: Nigger, Nigger und immer wieder Nigger! Die Demokraten fordern Nigger for the Niggerless. Die Republikaner Land for the Landless. —

Gibt es in der demokratischen Platform etwas Gutes, was ich zu erwähnen vergessen, so möge jemand auftreten und es nennen. (Niemand meldet sich.)

Die Deutschen haben heute im Zuge ein Transparent getragen, das die Ueberschrift: „Demokratische Platform" und darunter vier weisze Seiten enthält, das ist gut. Noch besser wäre es, wenn darauf fünf Brode und zwei Fische gemalt wären. Das ist die jetzige demokratische Platform.

Wie kommt es aber, dass trotzdem so viele Deutsche noch der demokratischen Partei anhängen? — Ist es Liebe zur Sklaverei, Hass gegen die Freiheit? Nein. Es sind gewisse Vorurteile. Es war die Temperenzfrage, doch sie ist verduftet. Es war die Knownothingfrage. Aber diese ist keine politische, sondern eine Nationalitätsfrage. Die beste Schutzwehr gegen die Knownothings ist, dass wir durch unsere Handlungen zeigen, dass wir unsrer politischen Rechte wert sind. Sobald der Adoptivbürger selbständig in der Politik handelt und sich die Achtung der Amerikaner erwirbt, hört der Knownothingismus auf.

Dass der Knownothingismus nicht eine Parteisache ist, sieht man daraus, dass, seit die Deutschen der demokratischen Parteifuchtel nicht mehr folgen, auch unter den Demokraten sich starke Knownothingneigungen kundgeben.

Der Redner erwähnt das Massachusettsamendement. Er will die republikanische Partei deshalb nicht entschuldigen. Er aber habe wenigstens das Seinige getan, um dagegen zu kämpfen. Aber die Demokraten taten nicht das Gleiche. Nicht Douglas, nicht Breckinridge, selbst nicht Tom Florence rührten sich, als das Amendement dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Die Hauptursache, warum so viele Deutsche noch der demokratischen Partei angehören, ist das deutsche *Philistertum*, die Neigung, sich bei groszen Momenten von kleinlichen, erbärmlichen Rücksichten leiten zu lassen. In Italien und Frankreich, selbst in Russland ist Fortschritt im Volke zu bemerken, nur das deutsche Volk rührt sich nicht.

Mag aber auch in Deutschland das Volk unter der Last Jahrtausende alter Vorurteile, unter den Bajonetten des Despotismus seufzend, nicht im Stande sein, sich die Freiheit zu erkämpfen. Wenigstens hier, am westlichen Strande des Atlantischen Ozeans, wo ihnen alle bürgerliche Freiheit gewährt ist, sollten die Deutschen

nicht länger zögern, sich der Partei anzuschlieszen, die für freie Arbeit, für freie Heimstätte und Schutz der einheimischen Industrie einsteht.

Wie ich schon den deutschen Demokraten im Westen zugerufen: Kommen werdet Ihr alle, früher oder später! Sie werden es Euch in Eurer Partei so toll machen, Euch so zwicken, dass, wenn nichts andres, Euer eigner Geldbeutel Euch veranlassen wird, zu uns zu kommen. — Darum kommt lieber freiwillig, zur Ehre des deutschen Namens!

Nachdem Schurz seine Rede, die ganz dazu geeignet war, durch ihre ruhige, leidenschaftslose, aber unbarmherzige Logik selbst den verstocktesten Demokraten zu bekehren, unter dem lautesten Beifall geschlossen hatte, hielt er noch auf vielfaches Verlangen in englischer Sprache eine kurze Anrede an die Versammlung, in der er die frohe Nachricht brachte, dass der Staat New York all right sei und daran die Ermahnung knüpfte, sich in Pennsylvanien, auf welches die Gegner jetzt ihre ganze Macht werfen würden, wacker zu halten, um den Sieg davonzutragen.

Präsident Kohler trug hierauf folgende Beschlüsse vor, die einstimmig genehmigt wurden, worauf sich die Versammlung mit neun Hurras auf Carl Schurz und auf Lincoln, Hamlin und Curtin vertagte.

Beschlüsse: Die deutschen Republikaner Philadelphias, in Massenversammlung vereinigt, erklären hiermit wiederholt ihren einmütigen Entschluss, dass sie, wie bisher, treu und fest halten wollen an den groszen Gründsätzen der Unabhängigkeitserklärung, dieses leuchtenden Hoffnungssternes der unterdrückten Völker, an der Konstitution, diesem ehrwürdigen Bauwerke, das unsre Freiheit schirmt, und an der Chicago Platform, dieser neuen feierlichen Erklärung der Menschenrechte.

Wir sind überzeugt, dass wir unsere beschworene Pflicht zur Aufrechterhaltung der Verfassung, dass wir unsre unerschütterliche Anhänglichkeit an die Union dadurch am besten betätigen, wenn wir mit allen Kräften die tyrannische Macht einer korrupten Partei brechen helfen, die, von unersättlicher Beutegier und von feiger Liebedienerei gegen eine übermütige Sklavenhalter-Aristokratie bewogen, die heilige Sache der Freiheit verraten, die Interessen der freien Arbeit mit Füszen getreten und dem Wohlstand des ganzen Landes tiefe Wunden geschlagen hat.

Die Partei hingegen, welche die treffliche Chicago Platform aufgestellt hat, müssen wir als diejenige anerkennen, die unsern politischen und sozialen Ansichten am meisten entspricht und von der wir allein die Wiederherstellung von Ordnung und Rechtschaffenheit in unsre Verwaltung, Widerstand gegen die Weiterausbreitung der Sklaverei, Schutz für unsre Rechte, Abstellung der bisherigen heillosen Verschleuderungen der öffentlichen Ländereien und die von der Industrie so dringend verlangte Verbesserung unsres Zollsystems erwarten können.

Deshalb verpflichten wir uns auch hiermit einmütig, bei den bevorstehenden Wahlen für die Kandidaten der republikanischen

Partei, namentlich für die talentvollen und ehrenfesten Bannerträger Lincoln, Hamlin und Curtin, mit allen Kräften zu wirken und so das Unsrige dazu beizutragen, dass ein glorreicher Sieg unsre Anstrengungen kröne.

Die Wahl am 6. November ergab den Sieg der republikanischen Partei. Die Elektoralstimmen, von denen 152 zur Erwählung erforderlich, verteilten sich folgendermaszen:

Lincoln und Hamlin 180 Stimmen. Alle von den 18 freien Staaten, ausgenommen 3 von New Jersey.

Breckinridge und Lane 72. Die Sklavenstaaten mit Ausnahme von Kentucky, Tennessee, Virginien und Missouri.

Bell und Everett 39. Kentucky, Tennessee und Virginien.

Douglas und Johnson 12. Missouri und 3 von New Jersey.

In Philadelphia erhielt Lincoln 30,227, Bell 7124, Douglas 9133 und das Fusionsticket 22,427 Stimmen, so dass Lincolns Majorität über die gesamte Opposition 543 Stimmen betrug, während sie im Staate 62,000 überstieg.

Infolge der nun entstehenden Bewegung in den Südstaaten für Ausscheidung aus der Union berief der deutsch-republikanische Zentralklub auf den 27. November eine Versammlung in der Arbeiterhalle, die zahlreich besucht war und in der folgende Beschlüsse gefasst wurden:

Beschlossen, in dieser Krisis nur eine scheinbare Bewegung zu erblicken, hervorgerufen durch das Zetergeschrei der südlichen Sklavenhalter und ihren feigen nördlichen demokratischen Vasallen.

Beschlossen, sich deshalb in keiner Weise schrecken oder einschüchtern zu lassen und nicht nur keinen Schritt von der Chicago Platform zu weichen, noch ein Jota der Prinzipien durch Kompromisse aufzugeben, sondern fortzuschreiten für Freiheit und Fortschritt, und für Verbesserung der Arbeiterklassen zu kämpfen.

Beschlossen, jeden als Hochverräter zu erklären, der eine Trennung der Union befurwortet oder eine solche Bewegung durch die Tat, oder durch lügnerische Beschuldigungen gegen die republikanische Partei zu fördern sucht.

Es war den Südländern jedoch bitterer Ernst mit der Auflösung der Union, und am 20. Dezember machte Süd-Carolina damit den Anfang. Denn an diesem Tage widerrief die in Charleston versammelte Staats-Konvention einstimmig die Ordinanz vom 23. Mai 1788, durch welche die Konstitution der Vereinigten Staaten ratifiziert wurde, und erklärte die bisher zwischen Süd-Carolina und den anderen Staaten von Amerika bestehende Union für aufgelöst.

(Hauptquellen: Philadelphia Freie Presse und Memoirs of Gustave Koerner.)

N/1198/05100/1852X

DEMCO
PAMPHLET BINDER
Gray Pressboard

UNIVERSITY
of
PENNSYLVANIA
LIBRARIES

3 1198 05100 1852
N/1198/05100/1852X